

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungsschutz

29. Sitzung
20. Januar 2025

Beginn: 14.03 Uhr
Schluss: 16.34 Uhr
Vorsitz: Kurt Wansner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzender Kurt Wansner: Wir kommen jetzt zu

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Islamismus in Berlin – Potenziale und
Herausforderungen von Prävention und
Deradikalisierung**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0085](#)
VerfSch

Hierzu: Anhörung

Ich möchte ganz herzlich unsere Anzuhörenden begrüßen und vorschlagen, Sie in folgender Reihenfolge anzuhören: Frau Jamuna Oehlmann, Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e. V., begleitet wird Frau Oehlmann von Herrn Ivo Lisitzki, Referent für Politik und europäische Vernetzung; Herrn Dr. Götz Nordbruch, Co-Leiter des Projekts „Verbund Islamismusprävention und Demokratieförderung“; Herrn Thomas Mücke, Mitbegründer und Geschäftsführer von Violence Prevention Network gGmbH; Herrn Ahmad Mansour, Gründer und Geschäftsführer der Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention. – Ich gehe davon aus, dass Sie alle mit der

Anfertigung eines Wortprotokolls einverstanden sind. – Wir kommen nun zur Begründung des Besprechungspunktes durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Bitte!

June Tomiak (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir sprechen hier im Ausschuss immer wieder über Prävention und Deradikalisierung. Wir haben das jetzt zum Anlass genommen, auch mal die Zivilgesellschaft einzuladen, uns ein Bild zu zeichnen. Wir hatten das auch schon in der letzten Legislaturperiode hier im Ausschuss, das ist jetzt schon einige Zeit her, und deshalb wollten wir uns mal einen aktuellen Sachstand einholen. Ich bin sehr gespannt auf die Expertise, die wir heute hören werden, und bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie hierhergekommen sind.

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank! – Wünscht der Senat das Wort? – Bitte schön, Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport): Sehr herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren Anzuhörende! Ich freue mich sehr, dass wir dieses Thema heute auch im Verfassungsschutzausschuss einmal miteinander erörtern können. „Potenziale und Herausforderungen von Prävention und Deradikalisierung“ – so ist der Titel dieses Tagesordnungspunktes, und er ist nach meiner Auffassung gut gewählt.

Die Bedrohungen, die von islamistischen Bestrebungen sowohl für die Demokratie, natürlich aber auch für die innere Sicherheit im Land Berlin ausgehen, sind seit Jahren bekanntermaßen unverändert groß. Das trifft zunächst auf die Anhängerinnen und Anhänger von Terrorgruppen wie dem Islamischen Staat und al-Qaida zu, die in ihrer Propaganda gezielt zur Tötung von Menschen aufrufen. Die Bedrohung durch den Islamismus geht aber auch weit darüber hinaus. So haben sich etwa der Umfang und auch die Inhalte antisemitischer, israelfeindlicher Propaganda, die seit Jahren von allen islamistischen Gruppierungen verbreitet wird, seit dem 7. Oktober 2023 nochmals spürbar intensiviert und vermehrt. Diese Propaganda ist mindestens mittelbar mitverantwortlich für den Antisemitismus und auch für den Hass auf Israel, den wir auch auf den Straßen Berlins seit dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel erleben müssen.

Und schließlich, um vielleicht auch noch einen weiteren Punkt anzusprechen, sehen wir, wie insbesondere islamistische Prediger und auch Gruppierungen, wie etwa Generation Islam, in sozialen Medien ganz gezielt Jugendliche ansprechen, um sie in ihrem Sinne zu politisieren, um sie in ihrem Sinne auch zu radikalisieren. Deswegen hat sich der Senat wiederholt und ganz klar gegen jede Form von Extremismus ausgesprochen, und das werden wir auch weiterhin tun, und wir werden alle gebotenen Mittel zur Bekämpfung extremistischer Bestrebungen einsetzen.

Im Koalitionsvertrag steht: Gute Sicherheitspolitik besteht aus Prävention, Intervention und Repression. – Deswegen ist es gut, dass wir uns heute auch mal über den präventiven Ansatz miteinander austauschen. Denn all das, was wir hier miteinander besprechen, betrifft natürlich auch repressive Maßnahmen, es betrifft aber auch präventive Maßnahmen. Maßnahmen der Prävention, beispielsweise Deradikalisierung und Dinge, die heute auf der Tagesordnung stehen, gehören bekanntermaßen nicht zum gesetzlichen Aufgabenspektrum des Berliner Verfassungsschutzes, aber trotzdem ist es gut und richtig, auch hier darüber zu sprechen. Die Se-

natsverwaltung für Inneres und Sport, insbesondere mit der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, und ich darf Ingo Siebert und seine Kolleginnen ganz herzlich hier heute begrüßen, schafft zahlreiche Projekte und Initiativen gerade in diesem Bereich. Zu nennen sind hier an erster Stelle das Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention und natürlich auch die Berliner Landeskoordinierungsstelle Radikalisierungsprävention. Zentrale Zielsetzung dieses Landesprogramms ist es, islamistischer Radikalisierung mit präventiven Mitteln zu begegnen und auch entgegenzuwirken und durch Deradikalisierungsmaßnahmen insbesondere auch Ausstiegswilligen den Schritt aus der extremistischen Szene zu ermöglichen. 2025 stehen dem Landesprogramm Radikalisierungsprävention knapp 1,9 Millionen Euro für die finanzielle Förderung von Maßnahmen und Initiativen freier Träger zur Prävention und Deradikalisierung zur Verfügung. Im Landesprogramm haben sich gewisse Handlungsfelder herauskristallisiert und als besonders relevant erwiesen. Das ist die Radikalisierungsprävention in der Schule und in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, die aus meiner Sicht ganz wichtig ist, aber auch kiezorientierte Prävention oder Prävention im Onlinebereich, Onlineradikalisierungsprävention, oder beispielsweise, möchte ich noch hervorheben, mädchen- und frauenspezifische Radikalisierungsprävention oder auch Ausstiegs- und Distanzierungsbegleitung und natürlich auch die therapeutische Begleitung in der Distanzierungsarbeit.

Erwähnen möchte ich weiterhin das Deradikalisierungsnetzwerk, kurz DeRadNet, in dessen Rahmen sich Sicherheitsbehörden und die Beratungsstelle für religiös begründeten Extremismus zu einzelnen Deradikalisierungsmaßnahmen austauschen. Es steht beispielhaft, wie ich finde, für unseren ganzheitlichen Ansatz bei der Bekämpfung islamistischer Radikalisierung und auch bei der Verzahnung von Prävention und Repression in Berlin.

Schließlich möchte ich noch kurz auf Projekte der Deradikalisierungs- und Präventionsarbeit eingehen, zum einen auf die bereits von mir erwähnte Beratungsstelle für religiös begründeten Extremismus, die von Violence Prevention Network geleitet wird, dessen Geschäftsführer, Herrn Mücke, wir ebenfalls als Sachverständigen begrüßen dürfen. Die Beratungsstelle leistet Deradikalisierungs- und Ausstiegsbegleitung von zum Teil stark radikalierungsgefährdeten oder auch sich im Ausstieg befindlichen Personen und trägt so zur Sicherheit Berlins bei. Die Beratungsstelle für religiös begründeten Extremismus besteht ebenso wie das Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention und die Berliner Landeskoordinierungsstelle Radikalisierungsprävention seit jetzt schon zehn Jahren, und das ist dann auch, glaube ich, ein schöner Erfolg, den man auch mal so benennen kann.

Alle drei Einrichtungen oder Programme haben sich seitdem zu tragenden Säulen der Präventionsarbeit, der Ausstiegsarbeit und auch der Deradikalisierungsarbeit in Berlin entwickelt. Deren Leistungen gilt es nach meiner festen Überzeugung in besonderem Maße hervorzuheben.

Erwähnen möchte ich schließlich noch ein Projekt der Charité – Universitätsmedizin Berlin, das mit Mitteln des Berliner Landesprogramms und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge gefördert wird. Der Hintergrund dieses Projekts bildet der seit Jahren steigende Bedarf an Präventions- und Interventionsmaßnahmen an der Schnittstelle von psychischen Erkrankungen und religiös begründetem Extremismus. Ziel dieses Projektes ist es, Fachkräfte, die zum Phänomenbereich des islamistischen Extremismus arbeiten, mit psychologisch-psychotherapeutischer und ärztlich-psychiatrischer Expertise in ihrer Fähigkeit zu unterstützen. Zudem bietet das Projekt Gespräche für Beratungssuchende an. Mit dem Projekt füllt die

Charité – Universitätsmedizin Berlin eine Leerstelle in der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit aus.

Das alles, was ich jetzt nur holzschnittartig vortragen kann, zeigt, wie vielschichtig, wie herausfordernd, vor allem aber wie wichtig die Bekämpfung von Islamismus und islamistischer Radikalisierung durch Prävention, durch Deradikalisierungsarbeit ist. – Ich habe es eingangs schon gesagt und möchte es gern zum Abschluss meiner Ausführungen nochmals betonen: Wir werden uns dieser Aufgabe weiterhin konsequent und vorausschauend stellen, und ich freue mich jetzt ganz besonders auf die Ausführungen der Anzuhörenden zu diesem wichtigen Thema. – Vielen Dank!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für Ihre Stellungnahme! – Dann kommen wir nun zur Stellungnahme unserer Gäste. – Bitte, Frau Oehlmann!

Jamuna Oehlmann (Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e. V. – BAG RelEx –; Geschäftsführerin): Danke schön! – Sehr geehrte Damen und Herren! Der Islamismus bleibt in Berlin eine der zentralen Herausforderungen für die innere Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als Metropole steht Berlin im Fokus extremistischer Gruppierungen und bietet jedoch durch die Diversität der zivilgesellschaftlichen Landschaft ein enormes Potenzial für innovative Präventionsansätze.

Die engagierte Zivilgesellschaft in Berlin spielt hierbei eine Schlüsselrolle. – Bei der Gelegenheit: Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, dass wir hier aus der Zivilgesellschaft sprechen können! – Die Zivilgesellschaft schützt demokratische Werte, stärkt das soziale Gefüge und reagiert flexibel auf die sich wandelnden Herausforderungen. Doch wir brauchen einen ganzheitlichen und nachhaltigen Ansatz, um diesen komplexen und vielfältigen Herausforderungen, die den Islamismus ausmachen, auch entsprechend begegnen zu können, denn es sind unterschiedliche und komplexe Vorgänge, die zu einer Radikalisierung beitragen können.

In meinem Statement möchte ich auf die aktuelle Lage, die Rolle und Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure, aktuelle Herausforderungen und Handlungsempfehlungen eingehen. Als Geschäftsführerin der BAG RelEx, der bundesweiten Dachorganisation für Träger der Islamismusprävention und einer Organisation, die elf Mitgliedsorganisationen hier in Berlin hat, liegt mein Fokus stets auf der Vernetzung und der Weiterentwicklung von zivilgesellschaftlicher Präventionsarbeit und eben auch dem Hervorbringen und Starkmachen dieser diversen Ansätze.

Zur Lage in Berlin muss ich hier im Verfassungsschutzausschuss wohl nicht allzu viel sagen. Sie wissen alle, die Zahlen sind weiterhin hoch. Wir hatten in den letzten Jahren einen Zuwachs von 100 Personen, die als gefährlich gelten und dem islamistischen Spektrum zuzuordnen sind. Ich muss hier auch nicht erläutern, wie globale Krisen, wie bereits angesprochen, wie der 7. Oktober 2023 massive Auswirkungen auf die islamistische Szene und eben auch auf die Landschaft und das Radikalisierungspotenzial in Berlin mit sich bringen, und wir wissen, dass diese Auswirkungen auch für Jüdinnen und Juden in Berlin verheerend waren. Daher ist aus meiner Sicht auch zu begrüßen, dass sich die Regierungspolitik in Berlin in ihren Richtlinien, wie bereits von Herrn Hochgrebe angesprochen, auf einen Dreiklang aus Prävention, Intervention und Repression geeinigt hat, und ich glaube auch, dass das ein Erfolgsfaktor

für Berlin sein kann. Ich begrüße auch den Ausbau der Landesprogramme, wie Sie bereits beschrieben haben, denn wir haben in den letzten zehn Jahren gesehen, dass die Islamismusprävention in Berlin Erfolge erzielen kann, und gleichzeitig stehen wir vor weiteren großen Herausforderungen, die es zu bearbeiten gilt.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass das Thema Rechtsextremismus eine ernste Gefahr darstellt, und wir dürfen die beiden Phänomene nicht gegeneinander ausspielen, denn Islamismus und Rechtsextremismus können sich gegenseitig bedingen, und es gibt Phänomene wie Co-Radikalisierung, das heißt, es gibt starke inhaltliche Überschneidungen beider Phänomene, indem sie gezielt Ängste schüren und Polarisierung verstärken, und genau das macht ein ganzheitliches Präventionskonzept notwendig, das beide Bedrohungen im Blick behält.

Besonders alarmierend ist meiner Meinung nach auch die zunehmende Radikalisierung durch das Netz und im Netz. Auch das wurde im Statement gerade eben von Herrn Hochgrebe benannt, und trotzdem möchte ich das hier noch einmal betonen, dass es diverse Gruppierungen gibt, die die Methodik für sich zu nutzen wissen und auf Plattformen wie TikTok und Telegram gezielt junge Menschen ansprechen und ihre Narrative emotional aufbauen, um Gruppenbindungen zu fördern. Die algorithmische Verstärkung kann diesen Prozess beschleunigen, und verschlüsselte Kommunikationskanäle erschweren es auch für Präventionsakteure, eben dort präsent zu sein und Präventionsarbeit umzusetzen. Berlin ist hier keine Besonderheit, denn diese globalen Trends werden in Berlin und anderswo sichtbar, aber auch hier braucht es dringend digitale Präventionsstrategien, um extremistischen Inhalten etwas entgegenzusetzen und alternative Angebote für Jugendliche zu schaffen. Auch da gibt es bereits gute Konzepte; dazu werde ich später noch mehr sagen.

Zur Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure: Die Zivilgesellschaft ist für die Demokratieförderung und Prävention essenziell wichtig und integraler Bestandteil der Präventionslandschaft in Berlin und bundesweit. Die präventive Arbeit wirkt Stigmatisierung, Diskriminierung und Ausgrenzung als möglichen Radikalisierungsfaktoren entgegen. In Berlin ist die Zivilgesellschaft ein zentraler Motor, weil Sie erstens direkten Zugang zu den Zielgruppen hat; häufig sind zivilgesellschaftliche Akteure näher dran, weil sie von den Zielgruppen Vertrauen genießen und dann eben auch auf die lokalen Besonderheiten eingehen und mit den Zielgruppen arbeiten können.

Zweitens hat die Zivilgesellschaft vielfältige Ansätze und kann auf komplexe Ursachen der Radikalisierung reagieren und eben mit Programmen der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention auch passgenaue Angebote schaffen. Denn wir wissen, Radikalisierungsfaktoren sind individuell, und meiner Meinung nach müssen es entsprechend auch die Angebote sein, die die Zivilgesellschaft bieten kann.

Drittens: Die Zivilgesellschaft in Berlin treibt Innovationen voran. Das Konzept von Modellprojekten hat viele zu kritisierende Aspekte, und gleichzeitig führt es natürlich dazu, dass sich Präventionsarbeit stetig neu erfinden muss und dies auch tut, zum Beispiel in der digitalen Präventionsarbeit. Hier gibt es Projekte wie „streetwork@online“ und Onlineberatungen unterschiedlichster Methoden, um junge Menschen zu erreichen und sie in ihrer digitalen Lebenswelt zu erreichen.

Diese Arbeit von zivilgesellschaftlichen Akteuren ist essenziell, denn, wie ich gesagt habe, Radikalisierungsfaktoren müssen an der Wurzel gepackt und verstanden werden, und die Zivilgesellschaft kann das leisten, denn nur die flexiblen und individuell abgestimmten Präventionsprogramme können darauf reagieren. Trotzdem steht die Zivilgesellschaft vor einigen Herausforderungen. Ich möchte hier nur in aller Kürze auf die unsicheren Finanzierungsmodelle eingehen. Sie alle wissen, dass auch die Zivilgesellschaft jedes Jahr Projekte neu beantragen muss und wie die unsicheren Finanzierungsmodelle auch dazu führen, dass das Wissen in den Organisationen verloren geht. Das ist einfach nachzuvollziehen: Leute, die gut ausgebildet sind und bei den Trägern arbeiten, dann aber keine langen Arbeitsverträge bekommen, werden sich möglicherweise woanders bewerben. Wir haben das leider in den letzten Jahren in vielen unserer Mitgliedsorganisationen beobachten müssen.

Auch eine Herausforderung für die Zivilgesellschaft ist die tatsächlich feste institutionelle Einbindung, um die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und staatlichen Stellen noch zu optimieren. Es fehlt meiner Meinung nach an formellen Netzwerken, die den Austausch fördern. Ich weiß, dass es diese gibt, aber die sind auszubauen – und gleichzeitig die digitale Präventionsarbeit. Auch für die Präventionslandschaft ist es ehrlicherweise eine Herausforderung, den islamistischen Inhalten durch eine adäquate digitale Präsenz etwas entgegenzusetzen. Extremistische Gruppen nutzen digitale Plattformen äußerst effektiv, während die Präventionsakteure häufig noch nicht ausreichend über Mittel und Strategien verfügen, um in diesem Raum wirksam zu agieren. Die Innovationskraft ist da, wie ich es angesprochen habe, aber tatsächlich benötigt auch dieser Bereich noch mehr finanzielle Unterstützung und ausreichende Konzeptionen.

Der Faktor Stigmatisierung spielt in unserem Themenfeld eine bedeutende Rolle. Auch das muss ich hier wahrscheinlich nicht ausführlich erklären, aber: Muslimische Organisationen in diesem Arbeitsfeld werden teilweise pauschal verdächtigt, und das erschwert die Arbeit, mit ihren Zielgruppen Vertrauen aufzubauen und insgesamt auch muslimische Organisationen in die Präventionsarbeit stärker einzubinden.

Ich komme gleich zum Schluss; ich habe nur ein paar Handlungsempfehlungen, die ich gern noch an dieser Stelle mit auf den Weg geben und platzieren möchte. Um die Prävention und Deradikalisierung, wobei ich tatsächlich eher von Intervention und Ausstiegsarbeit spreche, um diese Arbeitsbereiche in Berlin nachhaltig zu stärken, schlage ich Folgendes vor: Offensichtlich ist eine langfristige Förderung des Landesdemokratiefördergesetzes, soweit ich weiß, auf den Weg gebracht, und das unterstützen wir sehr; eine weitere Stärkung der digitalen Präventionsarbeit, um auch moderne Ansätze weiter zu entwickeln und extremistischen Narrativen etwas entgegenzusetzen; die Institutionalisierung der Zusammenarbeit, das habe ich auch schon angesprochen, regelmäßige Netzwerke und Plattformen für den Austausch zwischen Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Akteuren sind notwendig, um das Vertrauen zu schaffen und auch die Rollenklarheit und die Verständnisse des Phänomens noch besser in den Dialog zu bringen; und zuletzt, die internationale Vernetzung zu verstärken. Berlin hat viele Besonderheiten, und trotzdem ist der Islamismus natürlich ein internationales Phänomen. Ich glaube, wir sollten uns unbedingt auch darüber informieren, wie sich in anderen Städten, in anderen Ländern die Landschaft weiterentwickelt, was wir lernen können, welche Präventionsansätze funktionieren, und hierbei sollten wir unbedingt auch im internationalen Austausch bleiben.

Berlin hat durch seine vielfältige und engagierte Zivilgesellschaft das Potenzial, eine Modellstadt für innovative und nachhaltige Islamismusprävention zu sein. Meiner Meinung nach ist Berlin das bereits durch die Landesprogramme. Gleichzeitig darf die Bedrohung durch Rechtsextremismus nicht vernachlässigt werden. Beide Phänomene haben Einfluss und erfordern ein koordiniertes Vorgehen, indem wir diese Herausforderung ganzheitlich angehen. Wir können nicht nur Radikalisierung vorbeugen, sondern durch demokratische Werte, die unsere Gesellschaft ausmachen, auch aktiv verteidigen. – Danke für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Frau Oehlmann! – Herr Dr. Nordbruch, bitte!

Dr. Götz Nordbruch (Ufuq e. V.; Projekt „Verbund Islamismusprävention und Demokratieförderung“ – VID –; Co-Projektleiter): Ganz herzlichen Dank auch von meiner Seite für die Einladung! – Ich arbeite für den Verein Ufuq. Wir sitzen hier in Berlin und sind seit 2007 im Bereich der universellen Prävention tätig, haben aber auch eine Fachstelle in Bayern und sind damit auch bundesweit aktiv. Ich muss das vorwegschicken, dass wir tatsächlich im Bereich der universellen Prävention tätig sind. Das heißt, wir machen keine Distanzierungsarbeit, wir arbeiten nicht mit Jugendlichen, die schon radikalisiert sind, sondern wir versuchen den gesamten Bereich im Vorfeld von Radikalisierung abzudecken.

Ich würde ganz gern mit einem Blick zurück beginnen, um Ihnen deutlich zu machen, wie sich aus unserer Sicht die Präventionslandschaft in Berlin entwickelt hat und warum sich bestimmte Ansätze in Berlin in den letzten Jahren herauskristallisiert haben. Wenn Sie zurückdenken, im Juli 2009 gab es den Mordfall Marwa El-Sherbini in Dresden. Das war eine ägyptischstämmige Frau, die in Dresden von einem Mann rassistisch beleidigt wurde, und dann gab es ein Gerichtsverfahren, im Verlaufe dessen Frau El-Sherbini von dem Angeklagten mit einem Messer attackiert wurde und im Gerichtssaal getötet wurde. Das war damals ein Ereignis, das auch breit in den Medien berichtet wurde, das auch politische Diskussionen hervorgerufen hat. Für uns war damals ganz interessant und auch erschreckend zu sehen, wie dieses Ereignis unter Jugendlichen rezipiert wurde, denn in der medialen Öffentlichkeit ging es ganz stark darum, dass es ein Mord im Gerichtssaal war: Wie kann es sein, dass im Gerichtssaal ein Angeklagter ein Messer ziehen kann? – Von Jugendlichen wurde dieser Mord ganz anders rezipiert. Es ging ganz stark darum, dass es ein rassistisch motivierter Mord war, ein Mord, der sich explizit gegen eine kopftuchtragende Frau richtete.

Der Grund, warum ich Ihnen das erzähle, ist, dass einige Tage später, am 5. Juli 2009, Pierre Vogel, ein damals sehr bekannter, populärer salafistischer Prediger vor dem Rathaus in Neukölln eine Demonstration organisierte unter dem Motto „Holocaust an den Muslimen“, und er bezog sich dabei auf den Mord an Marwa El-Sherbini in Dresden. – Das ist natürlich Quatsch, es droht kein Holocaust an den Muslimen, das ist offensichtlich, und trotzdem hat Pierre Vogel damals mit diesem Slogan und mit dieser Demonstration einen Nerv getroffen und es geschafft, dass innerhalb von Tagen etwa 300, 400 Jugendliche, junge Erwachsene vor dem Neuköllner Rathaus standen und sich dieser Demonstration angeschlossen haben. Für mich war das damals ein ganz prägendes Ereignis, weil es deutlich machte, dass diese Jugendlichen mitnichten Salafisten oder Islamisten waren, das waren Jugendliche, die sich offensichtlich nicht durch die gesellschaftlichen Debatten abgeholt fühlten und sich bei dieser Gelegenheit Pierre Vogel und seiner Demonstration anschlossen. Das war ein ganz wichtiger Punkt für mich und, ich glaube, für viele, die in der Präventionsarbeit tätig sind, nämlich zu gucken: Was sind eigentlich die Angebote im islamistischen Bereich, welche Akteure sind dort tätig,

was bieten die Jugendlichen und jungen Menschen an, und was können wir als Gesellschaft, Zivilgesellschaft, Staat, was können wir anbieten, was attraktiver, faszinierender, motivierender ist als das, was sie von extremistischen Akteuren im Netz, aber auch in Offlinekontexten angeboten bekommen?

Das heißt, für die Präventionsarbeit ist der Blick auf die Angebotsseite ganz wichtig und auf die Nachfrageseite, und beides gehört zusammen. Wenn wir auf die Angebotsseite schauen, da wurden schon einige Sachen angesprochen, ich möchte nur noch mal darauf hinweisen: Herr Hochgrebe! Sie haben auch auf Generation Islam, auf solche Akteure hingewiesen. Was aus meiner Sicht ganz interessant ist, ist diese Ausdifferenzierung im islamistischen Spektrum, die wir in den letzten Jahren sehen. Wir haben Personen wie Abul Baraa, also salafistische Prediger, wir haben Akteure, die viel mehr jugendkulturell, gesellschaftspolitisch aktiv sind, wie eben Generation Islam, die sind alle islamistisch, sind alle extremistisch, sind aber vom Auftritt, von ihrem Habitus, von ihren Zielgruppenansprachen ganz unterschiedlich. Das heißt, das ist eine Parallele, die wir auch aus dem Rechtsextremismus kennen. Auch dort haben wir die Identitäre Bewegung auf der einen Seite, und wir haben sozusagen den III. Weg, die gewaltbereite extremistische Szene, die sind ideologisch sehr ähnlich, erreichen aber ganz unterschiedliche Zielgruppen.

Wann man es mal pointiert sagen will: In Berlin kennen wir die Geschichte von Denis Cuspert, Deso Dogg, Sie erinnern sich alle, diese Person, die dann auch beim IS war und dort gestorben ist. Das ist eine Biografie, die natürlich sehr symbolisch steht, auch für persönliche Brüche, für kriminelle Hintergründe, aber er ist nur eine Biografie und bei Weitem nicht repräsentativ für das gesamte Spektrum, das ansprechbar ist, das sich vielleicht für islamistische Angebote interessiert.

Die Sorge ist so ein bisschen, dass man durch solche Beispiele wie Denis Cuspert ein bisschen aus dem Blick verliert, wie groß eben auch das Spektrum ist und wie breit die Ansprachen tatsächlich stattfinden.

Ein Punkt wurde schon angesprochen; die Landeskommision Berlin gegen Gewalt ist hier auch anwesend. Ich möchte auf den aktuellen Bericht zur Transfeindlichkeit und Queerfeindlichkeit hinweisen. Das sind so Themen, die für den Bereich des Islamismus natürlich ganz zentral sind, aber die aus meiner Sicht gerade deswegen auch interessant sind, weil sie eben über das Spektrum des Islamismus hinausreichen und als Brückennarrative auch in andere gesellschaftliche Spektren hineinwirken, und das stellt natürlich die Präventionsarbeit vor ganz besondere Herausforderungen.

Ein anderes Beispiel, das ich in dem Zusammenhang ergänze möchte: Ich wohne in Moabit, und dort ist mein Bäcker, bei dem ich immer samstags und sonntags Brötchen kaufe, das ist so ein Eckbäcker, wo alle aus dem Kiez hingehen, und vor einigen Wochen bin ich dort gewesen, und dort ist immer so ein Ständer mit Flyern, und da stand ein Flyer mit so einer Höllendarstellung, also mit Vulkanausbruch und Lava, das war von der Scientology Kirche Berlin, und direkt daneben, in dem gleichen Ständer, war ein Flyer über den Krieg in Gaza von einer islamistischen Organisation mit der gleichen Symbolik, mit den gleichen Motiven. Worauf ich hinauswill, ist: Auch hier haben Sie es mit einem Brückennarrativ zu tun, mit einer Endzeitstimmung, die mobilisiert wird, mit Krisenstimmung, mit Verunsicherung, die geschürt wird, und ganz unterschiedliche Zielgruppen fühlen sich dadurch angesprochen. Das kann in die Richtung der Sekten gehen, Scientology, es kann aber auch islamistisch sein, aber denken Sie an die Querdenker oder an die Diskussionen im Rahmen der Pandemie, dann sind auch diese Gruppen durchaus empfänglich für diese Themen. Andere Brückennarrative, die in dem Zusammenhang wichtig sind, sind natürlich Antisemitismus, Verschwörungsmythen, Antifeminismus – ganz zentral.

Ich möchte auf die Nachfrageseite kommen und dann natürlich auch schnell zum Ende. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, sich noch mal zu vergegenwärtigen, was an Forschung eben auch in den letzten Jahren zu Radikalisierungsprozessen stattgefunden hat. Die weisen immer wieder darauf hin, dass es nie eine Dynamik, gibt, einen Faktor, der Radikalisierungsprozesse begünstigt, sondern das ist immer eine Gemengelage aus individuellen, familiären, gesellschaftlichen, ideologischen, kulturellen, sozialen Hintergründen. Das bedeutet, dass Präventionsarbeit immer Netzwerkarbeit ist, immer Mosaik, also immer das Zusammenarbeiten von unterschiedlichen Akteuren, von unterschiedlichen Handlungsfeldern, von Schule, von Jugendarbeit, von Berufsberatung, von Polizei, von Elternberatung und so weiter, psychische Gesundheit, ein ganz wichtiges Thema.

Das heißt, Prävention muss vernetzen, muss in Kooperationen denken, und da – jetzt komme ich zum Schluss – würde ich sagen, dass die Präventionsarbeit in Berlin tatsächlich in den letzten 20 Jahren sehr gut aufgestellt worden ist. Ich möchte daran erinnern, dass Initiativen wie die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus oder Schule ohne Rassismus Organisationen sind, die Anfang der Zweitausenderjahre als sonst noch niemand über dieses Thema sprach, bereits Workshops in Schulklassen zum Thema Islamismusprävention angeboten haben. Das ist in Berlin, das ist ein wahnsinniger Schatz im zivilgesellschaftlichen Bereich, den es zu stärken und zu verstetigen gilt. Auf staatlicher Ebene gilt das letztlich genauso. Die beiden Präventionsprogramme oder das Landesprogramm Radikalisierungsprävention von der

LAKO wurde angesprochen. Ich möchte das Programm „Demokratie. Vielfalt. Respekt“ von der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung ergänzen. Auch dort finden ganz wichtige Förderungen von Projekten statt, die in diesem Bereich sehr viel leisten. Das Landesdemokratiefördergesetz, das geplant ist, wurde bereits angesprochen. Ich würde aber ganz gern auch noch auf so etwas hinweisen wie beispielsweise die Zentralstelle für Prävention beim Landeskriminalamt – Prävention von Islamismus –, auch das ganz entscheidende Akteure in diesem Feld, und die Landeszentrale für politische Bildung, ein weiterer Akteur im Bereich von Schule und politischer Bildungsarbeit.

Mein Appell wäre, dass diese Landschaft als Fundus, als Schatz tatsächlich auch gesehen und weiterentwickelt und verstetigt wird, und dabei muss man das Rad nicht neu erfinden. Ich habe mal in die wissenschaftliche Begleitung der Landeskommission Berlin gegen Gewalt geschaut, die damals, 2018, im Zusammenhang als wissenschaftliche Begleitung des Landesprogramms Radikalisierungsprävention angestoßen wurde, und viele der Punkte, Herr Hochgrebe, die Sie eben angesprochen haben, sind mittlerweile umgesetzt. Also das ist tatsächlich etwas: Arbeit mit Geflüchteten, Arbeiten im Onlinebereich, sozialräumliche Ansätze, da ist wahnsinnig viel von ganz verschiedenen Akteuren entstanden, und mein Plädoyer wäre, daran anzuknüpfen und diese Arbeit zu verstetigen. – Danke schön!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Dr. Nordbruch! – Herr Mücke, bitte schön, wir freuen uns jetzt auf Ihre Ausführungen!

Thomas Mücke (Violence Prevention Network gGmbH; Geschäftsführer): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Anwesende! Vielen Dank für die Einladung! Ich muss erst mal all das streichen, was schon gesagt worden ist, und schaue mal nach, was noch übrig geblieben ist. – Thomas Mücke, Gründer und Geschäftsführer von Violence Prevention Network, das schon seit 25 Jahren im Bereich der Extremismuspräventionsarbeit tätig ist, und ich bin auch noch Mitglied der Taskforce des Bundesinnenministeriums im Kontext Islamismus.

Wenn wir uns noch mal die Herausforderungen anschauen, können wir feststellen, dass wir im Zeitraum vom Oktober 2023 bis zum Oktober 2024 eine Vervierfachung des terroristischen Geschehens im islamistischen Kontext haben, was die Anschläge angeht und was die Anschlagversuche angeht. Diese Zahlen spiegeln sich auch in der Beratungsarbeit wider, denn wir haben seit Oktober 2023 auch eine deutliche Erhöhung der Beratungsanfragen, ebenfalls Vervierfachung, und wir haben es hier vorwiegend, immer wieder auch mit Anfragen aus dem sozialen Umfeld zu tun. Es hat sich etwas verändert im Vergleich zu früher. Früher konnten Eltern relativ deutlich erkennen, wenn mit ihrem Kind etwas nicht stimmt und es von der islamistischen Szene angesprochen worden ist. Das ist heute nicht mehr so einfach, sie verhalten sich eigentlich so wie immer, sondern Eltern merken das, wenn sie nachvollziehen können, wo sich ihre Kinder im Internet bewegen und was sie in Chatverläufen und Ähnlichem äußern, und schicken uns das zu, und wir werden dann dementsprechend aktiv. – Wir haben also eine Vervierfachung.

Wenn wir noch mal das terroristische Geschehen anschauen, können wir feststellen, dass zwei Drittel der festgenommenen Tatverdächtigen Teenager sind, das heißt, sie sind im Alter von 13 bis 19 Jahren, und das zeigt eine sehr starke Verjüngung der Szene. Wir können auch feststellen, darauf gibt es deutliche Hinweise, dass die Radikalisierung hauptsächlich, manchmal

sogar ausschließlich, online stattfand. Das heißt, das Treffen in irgendwelchen Hintergrundzimmern in Berlin ist nicht mehr notwendig, das bewegt sich alles im Internet.

Wir wissen, dass die Bedrohung des sogenannten IS sehr aktuell ist und ebenfalls seine Radikalisierungsprozesse und die Rekrutierungen weitgehend im Internet verlaufen. Mit der Verjüngung und Verlagerung ins Internet geht aber oft auch ein Verlust der ideologischen Übereinstimmung einher. Das heißt, für diejenigen Personen, die durch Blogger oder Influencer angesprochen werden, sind die ideologischen Unterschiede zwischen den Organisationen, islamistischen Strömungen nicht mehr relevant, sie basteln sich etwas Eigenes zusammen. In dieser Ideologie wird das sehr oft auch mit Gewaltfantasien verbunden.

Wir können aber bemerken bei alledem, was wir an terroristischem Geschehen feststellen, dass das nicht immer auf sehr hohem professionellen Stand abgelaufen ist. Die Gefahr ist allerdings, gerade bei den Jüngeren und deren Gewaltbereitschaft: Wenn diese Gewaltbereitschaft eines Tages auf ein professionelles Terrornetzwerk trifft, dann haben wir ein großes Problem.

Mit dem Bedeutungszuwachs des Internets werden Radikalisierungs- und Rekrutierungsprozesse ortsunabhängiger, das heißt, die sogenannten Hotspots gibt es nicht mehr, sondern die extremistischen Communitys bewegen sich eher virtuell, kennen keine regionalen Grenzen und sind daher auch schwerer zu lokalisieren.

Wir merken natürlich anhand der Dynamik, dass die Beratungsanfragen sehr stark sind, und wir können, und das ist der Vorteil, auf eine Struktur zurückgreifen, das ist anders als 2013, wo wir Strukturen der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit hier in Berlin haben. Seit zehn Jahren gibt es die Beratungsstelle Berlin, und die hat seit dieser Zeit eine stetige Professionalisierung erfahren als sozialpädagogischer Ansatz einer Deradikalisierungsarbeit, unter anderem die verbesserte und strukturierte Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden, die ganz besonders hier in Berlin sehr gut funktioniert, ein Praxis- und Wissenschaftstransfer, der geschieht, um die schnell sich verändernden aktuellen Entwicklungen im Extremismus auch sofort in die Arbeit einbeziehen zu können. Wir haben eine sozialpädagogische Diagnostik, was Deradikalisierungsarbeit angeht. Wir haben ein eigenes Bedrohungsmanagement, und wir haben die Ausweitung des Indikationssystems, unter anderem in das Gesundheitssystem. Allein im letzten Jahr haben wir bei den Personen, bei denen wir psychische Auffälligkeiten diagnostizieren konnten, es geschafft, in 70 Prozent der Fälle diese auch in psychotherapeutische Maßnahmen integrieren zu können. Das hat etwas mit einer sehr guten Zusammenarbeit auch unseres Fachbereichs Psychotherapie zu tun.

Wenn wir noch mal auf die Zahlen schauen: Hier in Berlin haben wir sehr viele Fälle, aber wir haben ja auch die Unterscheidung der sogenannten gefahrenrelevanten Fälle, auf die man besonders schauen muss, das waren 78 Fälle; ich sage es hier auch noch mal, um die Wirkung deutlich zu machen: Bei den gefahrenrelevanten Fällen gab es keinen einzigen Rückfall, auch nicht bei den 19 Hochrisikopersonen oder 14 Rückkehrerinnen und Rückkehrern. Rückfälle gibt es eher bei den nicht gefahrenrelevanten Fällen. Das hat etwas damit zu tun, dass die gefahrenrelevanten Fälle sehr intensiv betreut werden. Das bedeutet allerdings auch, dass bei den Personen, die übrigens am Anfang keinen Ausstiegswillen haben – – Wir haben keine einzige Person in den zehn Jahren gehabt, die von sich aus gesagt hat: Ich möchte aussteigen aus der Szene –, sondern wir waren immer darauf angewiesen, dass wir Hinweise aus dem Umfeld oder von der Polizei bekommen, dass wir tätig werden konnten. Wenn wir hier die

Arbeitsbeziehung aufgebaut haben, konnten wir die Arbeitsbeziehung halten, und es ist kein Rückfall. Bundesweit hat die Organisation insgesamt nur einen Rückfall.

Wenn wir noch mal auf die Herausforderungen schauen, dann muss sich die Präventionsarbeit, übrigens auch die Deradikalisierungsarbeit, noch stärker auf die junge Generation beziehen. Bei den telefonischen Beratungsanfragen der bundesweiten Hotline und der Beratungsstelle hier in Berlin haben wir es manchmal mit 11- bis 12-Jährigen zu tun. Die extremistische Szene versteht es, gerade zu versuchen, die jüngere Generation an sich zu binden. Wir müssen auch darauf achten – auch darauf noch mal einen Hinweis –: Wir haben in der letzten Zeit auch die Tendenz, dass wir es gerade in der stationären Jugendhilfe in Kriseneinrichtungen wieder vermehrt mit Radikalisierungsfällen zu tun haben, das heißt, die Vermischung fehlender Perspektive oder in prekären Lebenssituationen zu sein, scheint auch hier die jungen Menschen anfällig dafür zu machen, sich online radikalisierten zu lassen.

Da ich vorher davon gesprochen habe, dass der Extremismus ortsunabhängiger geworden ist, muss man noch mal einen besonderen Blick auf Berlin und Brandenburg werfen, weil wir hier auch die Gefahr von Fällen sehen, die sich in Brandenburg radikalisierten, aber durchaus nachher in Berlin tätig werden können. Das ist einer der Gründe, warum wir hier in Berlin in zivilgesellschaftlichen Organisationen in diesem Bereich enger mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen in Brandenburg arbeiten. Ich glaube, es wird notwendig sein, dass wir im Bereich der gefahrenrelevanten Fälle die strukturelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Bundesländern noch mal deutlich verstärken.

Ja, die zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie anfangs erwähnt, sind eine tragende Säule in der Präventionsarbeit – das ist übrigens deutschlandweit ein Erfolgsmodell –, aber wir müssen auch sagen, tragende Säule ja, aber keine tragende stetige finanzielle Förderung; das wird die Herausforderung sein. – Vielen Dank!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Mücke, für Ihre Ausführungen! – Herr Mansour, bitte!

Ahmad Mansour (Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention [MIND] gGmbH; Geschäftsführer): Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen herzlichen Dank für die Einladung! Viel wurde schon gesagt, und ich werde hier noch mal deutlich betonen, dass wir uns in einer Radikalisierungswelle befinden – der dritten. Die erste war mit al-Qaida Anfang der Zweitausenderjahre, die zweite mit den Hochzeiten des IS ab 2014/15, und jetzt haben wir es mit einer Radikalisierungswelle zu tun, die ganz anders ist als alles, was wir bis jetzt kennengelernt haben.

Diese Radikalisierungswelle ist komplex. Ihre Ursachen sind nicht eindeutig, und die müssen auch auf unterschiedlichen Ebenen benannt werden. Insgesamt, bevor wir über Islamismus sprechen, müssen wir über Radikalisierung sprechen. Denn die Tatsache, dass wir es mit einer Generation zu tun haben, die sich ganz anders informiert und kommuniziert als unsere Generation, die mehrere Stunden pro Tag online ist, ändert auch die Wahrnehmung dieser Generation über politische Entwicklungen. Sie haben eine ganz andere politische Bildung, als wir sie gehabt haben. Die Tagesschau oder die Zeitung spielen da keine Rolle in der Information. Was wir merken, ist zum einen ein massiver Abbau von Empathie aufgrund von digitalem Konsum, was immer eine Radikalisierung begünstigen kann, und dadurch, dass die Algorith-

men uns immer dahin bewegen, wo wir Bestätigung finden und unter uns bleiben, schafft das eine gewisse Ambiguitätsintoleranz in Bezug auf die Fähigkeiten, Widersprüche, Grautöne und Komplexität wahrzunehmen. Das heißt, in den sozialen Medien neigen die Leute dazu, ihre Haltung zu überspitzen, zu radikalisieren, und vor allem werden sie angesprochen und konsumieren sie diejenigen Botschaften, die in den sozialen Medien sowieso bessere Möglichkeiten haben, sich zu verbreiten, und das sind populistische Einstellungen, das sind radikale, überspitzte Einstellungen. Da haben Islamisten, Links- und Rechtsradikale ein viel einfacheres Spiel als Akteure der politischen Bildung, als Politiker aus der Mitte, die natürlich auch versuchen, die Komplexität ihres politischen Handelns darzustellen.

Für die islamistische Welle spielt natürlich der 7. Oktober und dessen Auswirkungen eine zentrale Rolle in dieser Radikalisierungswelle. Dann: Die aufgeheizte Stimmung, die Tatsache, dass fast täglich in Berlin Menschen auf die Straße gehen, dass unsere Politik, vor allem auf Bundesebene, es in den letzten Monaten nicht geschafft hat, ihre Politik zu erklären, ihre Haltung zu erklären, mit den Jugendlichen in Kontakt zu kommen, schafft eine massive Distanz zur Mehrheitsgesellschaft, was natürlich von bestimmten Akteuren benutzt wird, instrumentalisiert wird, um diese Leute für sich zu gewinnen.

In den sozialen Medien findet, und das kann ich leider nicht anders beschreiben, ein Tsunami an Propaganda statt. Die Inhalte, vor allem auf TikTok, Instagram und X, die nicht propalästinensisch, sondern antiisraelisch, antisemitisch und gewaltverherrlichend sind, ohne Distanz zur Hamas, sind unfassbar. Da ist kaum eine Möglichkeit für Jugendliche, die vielleicht drei Sekunden mehr ein TikTok-Video aus Gaza anschauen, mehr über die israelische Perspektive oder die deutsche Politik zu bekommen, sondern sie steigern sich in eine Art von Blase, die diese Menschen emotionalisiert, radikalisiert und vor allem wütend macht. Nicht alle diese Jugendlichen, die das konsumieren, werden danach zu Terroristen, aber sie gehen auf Distanz zu Deutschland, sie haben ganz andere Werte, und sie werden zu dem Pool, aus dem radikale Islamisten zukünftig fischen können.

Was meine Kollegen hier zu Parallelitäten zum Rechtsextremismus erwähnt haben, möchte ich hier auch unterschreiben. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die Professionalität dieses Propagandatsunamis in den sozialen Medien gar nicht möglich gewesen wäre, wenn Islamisten oder Propalästinenser allein gearbeitet hätten, sondern Linksradikale, vor allem aus der Identitätspolitik und dem Postkolonialismus haben durch ihre strategische Partnerschaft mit Islamisten und Propalästinensern einen unfassbaren Professionalisierungsschub gegeben, der diese Propaganda dazu bewegt, nicht nur unter Jugendlichen, sondern insgesamt in unserer Gesellschaft die Öffentlichkeit zu manipulieren und Narrative zu verbreiten, die propalästinensisch sind.

Deshalb, wenn es darum geht, zusammen Mitakteure in der Präventionsarbeit und Partner zu suchen, mit denen man zusammenarbeitet, dann finde ich, jeder, der einen Beitrag dazu leisten kann, ist herzlich willkommen. Aber wir können nicht die Distanzierung von muslimischen Akteuren, die seit dem 7. Oktober nicht mal in der Lage waren, den 7. Oktober zu verurteilen, nicht mal in der Lage waren, die IHRA-Definition verpflichtend wahrzunehmen, nicht mal in der Lage waren, sich von der Hamas zu distanzieren, als Diskriminierung wahrzunehmen, sondern es ist eine Pflicht, eine Distanz zu diesen Organisationen einzunehmen. Nicht jeder muslimische Akteur, der in der Integration oder Prävention tätig sein will, ist auch ein Partner für staatliche Strukturen oder für Präventionsarbeit. Da muss ein Minimum an

Verpflichtungen und Erwartungen von jedem, der in diesem Bereich arbeiten will, vorhanden sein; ich erinnere hier an die Demokratieklausele, wenn es darum geht, die Partner sorgfältig zu wählen. – Diese Zusammenarbeit mit den Linksradikele hat auch dazu geführt, dass die Professionalität nicht nur in den sozialen Medien, sondern auch in der Antirassismus- und der Präventionsarbeit in Schulen und so weiter und so fort dazu geführt hat, dass eine Art von Kontraproduktivität entsteht. Mit Arbeit, die eigentlich dazu führen kann, dass die Menschen sich integrieren, dass die Menschen in dieser Gesellschaft ankommen, dass die Grundwerte dieser Gesellschaft wahrgenommen werden, werden die Menschen durch diese Arbeit sogar auf Distanz zur Mehrheitsgesellschaft, zu unseren Grundwerten gebracht.

Ein weiterer Akteur, der zur Radikalisierung führt, wurde von Herrn Mücke ausführlich beschrieben, und da will ich das nur unterschreiben. Denn wenn man sich die Biografien der Attentäter der letzten Jahre, auch vor dem 7. Oktober, anschaut, dann erkennt man eine gewisse psychologische Labilität, gemischt mit einem gewissen ideologischen Hintergrund, und da merkt man, dass nicht mehr der Kontakt zu den Terrororganisationen entscheidend ist in den Tatmotiven, heute gibt es keine Bekennergideos, heute müssen die Leute nicht zu einer bestimmten Moschee gehen, wo diese Ideologie vorhanden ist, sondern sie bringen eine gewisse psychische Labilität und einen gewissen ideologischen Hintergrund mit, und das kann explosiv wirken in dem Hass und in der Gewaltbereitschaft dieser Menschen auch zukünftig. Ich erinnere hier an Würzburg und andere Messerattacken, die nicht nur Labilität, sondern auch einen gewissen ideologischen Hintergrund mitbringen.

Auch die Tatsache: Auch wenn die Zahl natürlich gering ist, und da können wir sehr dankbar sein, dass die Zahl gering ist, aber Menschen, die nach Deutschland als Geflüchtete, als Migranten gekommen sind und hier eine bessere Zukunft für sich und ihre Familie gesucht haben, vor allem wenn die Erwartungen, die sie an Deutschland gehabt haben, in der Realität scheitern, wenn sie Perspektivlosigkeit entwickeln, wenn sie emotional nicht ankommen, wenn sie Einsamkeit spüren, wenn sie Labilität aufgrund der Herausforderungen, die vor ihnen stehen, entwickeln, dann sind das Menschen, die ein gewisses Potenzial an Radikalisierung mit sich bringen, weil sie natürlich auf der Suche nach Orientierung, nach Halt, nach Bedeutung sind, die sie natürlich in den radikalen islamistischen Gruppierungen auch bekommen. Auch die Identitätsverlustängste aufgrund von gelungener Integration können dazu führen, dass manche so überfordert sind, dass sie bereit sind, dann islamistische Narrative für sich zu beanspruchen, um sich und der Gruppe deutlich zu machen, dass sie die islamische und islamistische Identität nicht aufgegeben haben.

Zentral in der Präventionsarbeit, meiner Meinung nach, ist die Onlinepräventionsarbeit. Das ist Neuland. Da gibt es hier und da gute Ansätze, aber wenn man einfach diesen Tsunami an Propaganda darstellt, wenn man schaut, wie einfach es für Populisten geworden ist, junge Menschen zu erreichen, wenn man schaut, wie viele Akteure es überhaupt gibt, die versuchen, Jugendliche für sich in den sozialen Medien zu gewinnen, da wurde hier die Generation Islam und andere erwähnt, ich nenne sie Islamismus 2.0.: Das sind Leute, die anders funktionieren als die Salafisten. Sie sind in der Jugendkultur verankert, sie sind cool, sie nutzen die gleiche Sprache, die die Jugendlichen benutzen. Sie sprechen Themen an, die diese Jugendlichen interessieren, und zwar nicht immer in Bezug auf Terrorismus und darauf, ein Kalifat zu gründen, sondern das, was die Jugendlichen im Alltag beschäftigt, Identitätsfragen, Ankommen in Deutschland, die Debatte über den Islam in Deutschland und so weiter und so fort. Sie nutzen das, um die Jugendlichen für sich zu beanspruchen. Mit jeder Botschaft bringen sie ihre Ju-

gendlichen auf Distanz zur Mehrheitsgesellschaft, und von dort es ist zu Radikalisierungstendenzen sehr kurz. Das sind Onlinegruppierungen, die, wenn es sein muss, schaffen, Hunderte, wenn nicht Tausende auf die Straße zu bringen. Da brauchen wir zum einen eine juristische Antwort darauf, und wir brauchen vor allem Gegennarrative. Wir brauchen digitale Sozialarbeit, und wir müssen mit unseren Gesichtern, mit unserer Arbeit, mit unserer Aufklärung, mit unserer politischen Bildung online gehen. Wir müssen um die Seelen dieser Menschen kämpfen. Wenn wir das nicht tun, dann tun das die anderen, und die tun das natürlich nicht im Sinne von Demokratie und Menschenrechten, sondern im Sinne von Radikalisierung und Extremismus.

Als Letztes möchte ich hier ganz kurz auf ein Papier des BKA hinweisen, das deckungsgleich mit den Erfahrungen ist, die ich vor allem nach dem 7. Oktober mache, und zwar eine gewisse Zusammenarbeit zwischen Clankriminellen und Islamisten. Sie tauchen auf TikTok zusammen auf, sie haben auch kein Problem zusammenzukommen. Sie sind auf Demonstrationen zusammen, sie finanzieren sich auch gegenseitig. Das ist eine Entwicklung, die uns große Sorgen macht. Vor allem, wenn man sich die Ereignisse in der Terrorforschung und die Terrorereignisse der letzten Monate anschaut, dann haben ausländische Geheimdienste, wie die des iranischen Regimes, schon versucht, Clanmitglieder und Kriminelle für sich zu gewinnen, um hier terroristische Aktivitäten durchzuführen. Das ist viel einfacher, als irgendwelche Leute aus dem Ausland hierherzuschicken, denn das sind Clans, die einerseits das Know-how haben und die sich andererseits sehr gut in dem Umfeld auskennen, und das ist etwas, was, glaube ich, uns in der Zukunft noch intensiver beschäftigen wird, und etwas, worauf wir vielleicht einfach ein Auge haben sollen. – Erst mal vielen herzlichen Dank, und ich freue mich auf die Diskussion!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Mansour! – Gibt es Wortmeldungen? – Herr Schrader, Sie haben sich als Erster gemeldet!

Niklas Schrader (Linke): Das ist ja interessant, aber warum nicht, ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für die sehr interessanten Vorträge! Auch noch mal danke an die antragstellende Fraktion, dass wir das hier noch mal auf die Tagesordnung nehmen! Das ist ja nicht unbedingt ein Thema, das im engeren Sinne eines des Verfassungsschutzausschusses ist, der sich mit dieser Behörde und dessen Kontrolle befasst, aber natürlich im weiteren Sinne schon auch für unsere Arbeit wichtig ist, weil auch wir hier immer über Wege der Radikalisierung und auch natürlich über die Endprodukte der Radikalisierung reden müssen. Insofern vielen Dank!

Ich würde mich erst mal auf zwei, drei wichtige Fragen beschränken. Sie haben relativ übereinstimmend, und das steht weitgehend außer Zweifel, von dem Trend berichtet, dass radikalisierte Personen sich tendenziell mehr allein, mehr im Netz radikalieren und auch schon in jüngerem Alter. Könnten Sie uns noch mal konkret veranschaulichen, inwieweit Sie sich mit Ihrer Arbeit diesem Trend anpassen, sowohl was die Zielgruppe angeht, auf die Sie Ihr Auge werfen, als auch was die Methodik angeht, mit der Sie arbeiten, zum Beispiel in Bezug auf Medienkompetenz, den Umgang mit dieser Flut an Radikalisierungsangeboten im Netz, die es gibt? Wie haben Sie sich da in den letzten Monaten und Jahren vielleicht auch schon – der Trend ist nicht völlig neu, aber er tritt jetzt noch etwas stärker zutage – angepasst, und wie sind Ihre weiteren Pläne diesbezüglich?

Das Thema Zuwendungen und finanzielle Sicherheit haben Sie auch angesprochen. Das ist natürlich gerade jetzt vor dem Hintergrund der Entwicklung im Berliner Landeshaushalt ein sehr wichtiges Thema. Ich glaube, ich brauche Ihnen nicht die Frage zu stellen, ob Sie quasi die Nachfrage nach Ihrer Arbeit mit Ihrem Angebot abdecken können. Da wird die Antwort Nein lauten, natürlich ist immer Luft nach oben, aber sicherlich könnten Sie alle doppelt bis dreifach oder noch mehr machen, als Sie eigentlich leisten können, wenn Sie die Ressourcen dafür hätten. Aber aktuell würde ich doch einmal gern von Ihnen hören, wie bei Ihnen die Situation ist hinsichtlich der Planungssicherheit mit Ihren finanziellen Ressourcen. Der Berliner Senat schickt ja gerade befristete Zuwendungsbescheide an die Zuwendungsempfänger heraus, die natürlich die Planungssicherheit und auch die Personalgewinnung beschränken. Wenn man Leuten kein längerfristiges Angebot machen kann, einfach weil es rechtlich und finanziell nicht geht, wird man natürlich nicht die besten Fachkräfte schnell gewinnen können. Wie wirkt sich das bei Ihnen aus, und wie ist da die Situation?

In dem Zusammenhang – vielleicht möchte ja der Senat auch noch etwas zur Klarheit beitragen –: In dem Nachtragshaushalt, der am 19. Dezember verabschiedet wurde, sind im Kopfkapitel von SenInnSport, in dem Titel 68558, das sind die Zuschüsse für die Projekte der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, 660 100 Euro qualifiziert gesperrt, also 10 Prozent des Gesamttitels. Da würde es mich freuen, Herr Staatssekretär, wenn Sie vielleicht noch etwas mehr dazu sagen können, wie diese Sperrung sozusagen umgesetzt wird und wie weit sie auch Projekte, wie die, die wir hier hören, treffen kann. Irgendwie muss das Geld ja auch herkommen, das jetzt geplant ist zurückzuhalten.

Das sind erst mal die wichtigsten Fragen. – Ach so, eine hätte ich noch; vielleicht ist das besonders eine Frage an Herrn Mücke: Sie beschäftigen sich ja auch vor allem mit bereits radikalisierten Personen und Tätern, die schon ein bisschen weiter sind als andere in der Radikalisierung, und Sie arbeiten sehr eng, vielleicht enger als die klassisch-präventiven Organisationen, auch mit den Sicherheitsbehörden zusammen. Der Anschlag von Magdeburg, da handelt es sich um einen Täter, der so ein bisschen außerhalb jedes Rasters fällt. Er war offensichtlich ein Gegner des Islams, ein Kritiker des Islams, ein radikaler, er kam selbst aus diesem Kulturkreis, eingewandert aus einem islamischen Land. Es scheint mir doch immer noch der Eindruck zu sein, dass bei vielen Sicherheitsbehörden, wenn das denn so ein Fall ist, der nicht ganz in das Raster passt, wenig Flexibilität vorhanden ist, dann auch eine Gefahr zu sehen, eine tatsächlich bestehende Gefahr, dass so jemand Anschläge begeht.

Beim Anschlag vom Breitscheidplatz hatten wir ein ähnliches Phänomen. Da war Anis Amri zwar ein Islamist, klar, aber man hat irgendwie erkannt, der handelt mit Drogen, der nimmt selbst welche, deswegen kann er doch nicht so ein richtiger Islamist sein, und da wurde dann auch nicht von allen die Anschlagsgefahr gesehen. Sind da Behörden irgendwie zu wenig flexibel, solche Fälle wahrzunehmen und solche Gefahren zu erkennen? Da würde mich mal Ihre Einschätzung interessieren. – So viel vielleicht erst mal; weitere Fragen schließen sich dann vielleicht noch an. – Danke schön!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Schrader! – Frau Tomiak, bitte!

June Tomiak (GRÜNE): Auch von meiner Seite vielen Dank für die Ausführungen schon mal! Ich habe ein paar konkrete Fragen, die sich jetzt anschließen, ein paar wurden auch schon beantwortet. – Es wurde angesprochen, dass es in Krisen- und Jugendeinrichtungen Fälle gibt, wo sich Bedarfe auftun. Ich gehe auch davon aus, dass die Schule natürlich ein Ort ist, wo Dinge aufkommen und wo es quasi dann Hinweise gibt. Können Sie da vielleicht noch beschreiben, wie dort die Entwicklungen in den letzten Jahren waren und wie die Bedarfe vielleicht auch sind und ob das gerade ausreichend aufgefangen werden kann oder ob das vielleicht auch gerade nicht so ist? Dazu auch meine Frage: Können die Fallaufkommen, die Sie haben, die sich stark vervielfacht haben, alle zeitnah abgedeckt werden? Oder ist es so, dass Sie nicht hinterherkommen? Mich würde sehr interessieren, wie da die Ausgestaltung ist. Über Finanzen haben wir gerade schon gesprochen.

Mich würde interessieren vonseiten des Senats – wir haben gerade gehört, dass es eine festere Einbindung bräuchte von der Zivilgesellschaft, auch in die formellen Netzwerke, die es gibt. Deshalb die Frage: Plant der Senat hier, das weiter auszubauen? Gibt es da irgendwelche Bestrebungen? Vielleicht können Sie kurz etwas dazu sagen, ob da irgendwas geplant ist.

Mich würde auch noch interessieren, wie das Geschlechterverhältnis ist. Es gibt ja sowohl junge Mädchen als auch Jungen, die sich in diesem Phänomenbereich bewegen. Mich würde das Verhältnis interessieren. Beim Rechtsextremismus ist es ja auch so, dass wir beides haben, aber stark wahrnehmen, dass es vor allem junge Männer sind, die sich da radikalisieren. Ich gehe davon aus, dass es im Islamismus ähnlich ist, aber vielleicht können Sie da trotzdem noch die verschiedenen Bedarfe uns ein bisschen beschreiben und auch darstellen, ob es ausreichend Antworten darauf gibt. Gerade wenn wir von sehr jungen Tatverdächtigen oder Menschen, die gegebenenfalls Tatverdächtige werden könnten oder sich radikalisieren aktuell, ausgehen, wie müsste man eigentlich stärker darauf eingehen? Oder was kann man da konkret

tun, vor allem, wenn sich das sehr schnell abspielt? Davon gehe ich aus; in sehr jungem Alter geht so etwas manchmal auch sehr schnell, dass man in solche Dynamiken hineinrutscht. Wie kann das eigentlich aufgefangen werden? Wir haben jetzt an, ich meine, fast allen Schulen Jugendsozialarbeit. Wenn man sich aber auch die Größen der Schulen jeweils anguckt, heißt das nicht, dass jedes Kind da auch tatsächlich bedient werden kann. Deshalb auch die sehr offene Frage: Was braucht es da vielleicht noch mehr? – Vielen Dank erst mal!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Frau Tomiak! – Herr Lenz!

Stephan Lenz (CDU): Vielen Dank auch von mir an die Anzuhörenden! Das ist immer wichtig, dass wir das in regelmäßigen Abständen machen. Ich finde auch, dass das hier in den Verfassungsschutzausschuss gehört. Extremismusprävention ist mitzudenken, wenn man Extremismus insgesamt betrachtet. Ich weiß aber, das ist immer eine Diskussion, wo es hingehört. Wir machen das hier traditionell, und wir werden das auch weiterhin machen. Der Ausbau der Mittel für den Bereich der Prävention geht letztlich auch zurück auf ein Engagement des Ausschusses hier insgesamt in der Vergangenheit, weil es einfach im Innenausschuss nicht so im Blickpunkt ist.

Jetzt zu dem, was der Kollege Schrader gesagt hat. Ihre Rolle – daran würde ich auch anschließen – ist aus meiner Sicht auch, weil Sie in direktem Kontakt sind mit Personen, die geneigt sind, extremistischen Haltungen anzuhängen, oder Personen, bei denen das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, dass Sie einfach auch Ihre Erfahrungen immer weitergeben, also nicht nur im Sinne der Einzelfallbearbeitung, sondern dass man auch Phänomene der Politik und der Exekutive darstellt und darauf hinweist, dass sich bestimmte Dinge überraschend entwickeln. – Der Fall Amri ist gefallen. Da hatten wir herausgearbeitet, dass es da vor allem eine Fehleinschätzung gab in Hinblick auf die Entwicklung des Amri und dass eben Alkohol- und Pornokonsum allein nicht ausreichen, um die Schlussfolgerung zu ziehen, dass jemand kein Gefährdungspotenzial entwickelt und dann entfaltet.

Zum Thema Haushalt, auch da möchte ich noch mal kurz anschließen, würde mich noch mal Ihre Sicht interessieren. Ich glaube, da gibt es einen Konsens aufgrund der hohen Wertschätzung Ihrer Arbeit insgesamt, und wir empfinden das als Privileg, dass wir so eine ausgeprägte Trägerszene in Berlin haben; und dass wir die für Berliner Sachverhalte mittlerweile nutzen, das ist ein großes Privileg, das wir hier in Berlin haben. Jetzt gibt es da ein paar unterschiedliche Meinungen, wie man das organisatorisch macht. Ich hätte da gern noch mal von Ihnen eine Stellungnahme. Wir hören immer, dass Sie natürlich ein Interesse daran haben, eine dauerhaftere Förderung zu bekommen. Jetzt sind Sie aber trotzdem als Träger, als NGO organisiert, und dass sich das ein bisschen beißt und dass wir da im Konflikt sind, das versteht sich von selbst. Jetzt würde mich noch mal interessieren, weil wir das hier behandeln, beraten und letztlich entscheiden müssen, wie zwingend aus Ihrer Sicht eine stärkere Verfestigung ist oder ob Sie nicht doch in vielleicht leicht modifizierter Form mit dem Weg der Projektmittelfinanzierung weiterleben können, vielleicht mit höheren Ressourcen, aber ich glaube, es ist klar, was ich meine; das ist eine Diskussion, die wir immer führen. Noch einmal: Als NGO können Sie nicht alle eine Festanstellung bekommen, das liegt in der Natur der Sache, weil Sie nicht Teil des öffentlichen Dienstes sind, auch nicht sein sollen, und das ist auch ein Vorteil. Das gibt Ihnen auch Unabhängigkeit. Da hätte ich von Ihnen allen gern noch mal eine kurze Einschätzung, wie Sie das sehen.

Dann zu den Onlineangeboten: Das haben Sie alle angesprochen, aber da ist mir noch nicht ganz klar, was da im Einzelnen entwickelt worden ist, wie man da stärker vorankommt, dass Sie vielleicht da noch mal in Hinblick auf Ihre Institution schildern, was Sie da konkret machen.

Herr Mansour! Sie haben angedeutet, dass es oft das Problem ist, dass sich jetzt gerade die jungen Leute – das haben ja alle berichtet, es sind überwiegend junge Leute – zunehmend abkoppeln. Ist das so richtig verstanden, dass die jungen Leute sich abkoppeln von unserer Werteordnung insgesamt? Müssen wir da nicht fordernder den jungen Leuten gegenüber werden? Oder ist das, was wir bisher machen, im Grunde sich hineinzudenken und Verständnis für die schwierige Situation der jungen Leute zu haben, der richtige Weg? Oder ist das der falsche Weg? Müssten wir nicht fordernder werden? Das würde mich interessieren, und wenn ja, wenn das auch Teil der Arbeit sein kann, wie soll das dann aussehen? Das ist mir nicht ganz klar. Wie kann man an junge Leute herankommen und dann auch noch fordernd an die jungen Leute herankommen, ohne dass sie sich dem dann sofort entziehen? Denn wenn man etwas fordert, ist es ja anstrengend, und vielleicht ist es dann kein attraktives Angebot; wir müssen ja in Kontakt treten mit den jungen Leuten.

Dann hätte ich noch eine Frage, die jetzt nicht direkt dazugehört, aber weil es jetzt durch die Presse gegangen ist – und ob Ihnen das begegnet ist –, dass es da eine Entwicklung gibt, wie das BKA sie jetzt untersucht hat, und es ist in Teilen auch öffentlich geworden, dass es Bezüge gibt aus dem islamistischen, extremistischen Bereich stärker in den Bereich der Organisierten Kriminalität: Können Sie dazu etwas berichten? Mich würde interessieren, ob es da Bezüge gibt, die auch in Ihrer Arbeit eine Rolle spielen. – So weit erst mal!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Lenz! – Herr Lehmann!

Jan Lehmann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ganz großen Dank an die Anzuhörenden, nicht nur für die Vorträge, sondern auch für die zum Teil jahrzehntelange Arbeit! – Ein paar Fragen sind bei mir noch übrig geblieben. Die erste, die ich habe, ist: Wie zufrieden sind Sie denn mit der Arbeit der Berliner Polizei? Diese Frage gehört hier nicht ganz her, aber auch mit der Zusammenarbeit gegebenenfalls mit dem Verfassungsschutz, also der Abteilung II. Gibt es da etwas Berichtenswertes?

Mich bewegt dieses Radikalisierungsthema bei TikTok – die USA haben wir jetzt gerade alle im Hinterkopf –; das haben Sie auch teilweise erwähnt. Was machen Sie? Gehen Sie da selber auf die Plattform, oder würden Sie auch Verbote hier in Deutschland oder Altersgrenzen, wie in Australien, oder so etwas befürworten? Können Sie da praktische Ideen geben, wie man damit umgehen kann?

Dann hatte die Kollegin von den Grünen gefragt nach Jungen und Mädchen, nach den Unterschieden. Nicht nur bezogen auf die Zahlen, sondern welche unterschiedlichen Herangehensweisen sind da vielleicht nötig, oder werden junge Mädchen vielleicht weniger gemeldet? Sie sagten ja, die Meldungen aus dem Umfeld sind das Wichtigste. Da könnte ich mir vorstellen, dass die sowieso noch mehr im Verborgenen bleiben und dass man da vielleicht fast nicht herankommt.

Dann gab es – noch mal zu TikTok – diese Fachtagung, ich weiß nicht, ist vielleicht zu kurz oder so was, war da jemand an der Humboldt-Universität im Dezember? Vielleicht könnten Sie ganz kurz darauf Bezug nehmen und dazu etwas sagen.

Die Taskforce ist auch zu jung; Frau Oehlmann und Herr Mücke, glaube ich, sind da mit-involviert gewesen. Ob Sie dazu noch ein paar Worte verlieren könnten?

Letzter Punkt: Wie weit geht denn das? Gehen Sie auch in die Vollzugsanstalten? Denn da könnte ich mir vorstellen, von dort heraus bekommt man keine Hinweise. Wie funktioniert das also in Vollzugsanstalten? – Vielen Dank erst mal!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Lehmann! – Herr Mirzaie!

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Vielen herzlichen Dank an die Anzuhörenden für die Informationen und die hier mit uns geteilten Perspektiven! Ich habe auch noch ein paar Fragen., aber vielleicht noch mal kurz: Wir hatten hier die Komplexität von, sage ich mal, Profilen von Terrorverdächtigen, von Straftätern und inwiefern solche Profile auch von Sicherheitsbehörden erkannt werden. Was ich in dem Zusammenhang interessant fand, war, wie von der rechtsextremen Seite, also von der AfD explizit, aus es geschafft wurde, jegliche Debatte um eine politische Ideologie beiseitezuschieben. Am Ende hat die AfD einfach darauf gesetzt, zu sagen: Das ist ein Ausländer. Ist am Ende auch egal; und wenn keine Menschen aus Saudi-Arabien kommen würden, dann hätten wir das Problem hier auch nicht. – Das hat die AfD relativ geschickt gemacht, und da sieht man, dass am Ende, zumindest bei denen, die die AfD oder die extreme Rechte anspricht, offensichtlich die Erzählung: Das ist ein Typ aus Saudi-Arabien –, die wirkmächtigere ist, und damit haben die jegliche Debatte darüber, dass der Typ eigentlich in den Echokammern der extremen Rechten radikalisiert wurde, vom Tisch gewischt. Das fand ich schon eine sehr interessante Erkenntnis, dass sie damit auch durchgedrungen sind in der gesellschaftlichen, politischen Debatte, zumindest am rechten Rand.

Ich würde gern noch mal den Fokus setzen auf Gegenstrategien zur Radikalisierung. Meine erste Frage wäre: Wir diskutieren ja, vor allem hatten wir diese Landtagswahlen, bei denen die AfD sehr stark abgeschnitten hat, und da gab es eine sehr lebhafte Debatte darüber, warum Jugendliche die extreme Rechte wählen. Da hatten wir Coronafolgen, Zukunftsängste, Klimakrise, Angst um den sozialen Status in der Zukunft, soziale Verunsicherung. Inwieweit spielen diese Faktoren auch bei der Frage der islamistisch geprägten Radikalisierung eine Rolle?

Dann würde ich gern wissen: Welche Rolle spielt eine starke Wir-Erzählung auch für die ganze Frage der Radikalisierung, der Prävention, der Intervention? Ich habe schon das Gefühl, dass wir im Moment in einem Stadium sind als Gesellschaft, wo wir stark dazu neigen, bestimmte gesellschaftliche Debatten zu ethnisieren. Ich nehme schon wahr, dass man insbesondere Menschen mit Migrationsgeschichte in den vergangenen Monaten und Jahren mit einer zunehmenden Skepsis begegnet ist, gesamtgesellschaftlich, aber auch in politischen Debatten. Das zeigt sich dann in Berlin mit einer Vornamensabfrage. Das zeigt sich im Bund darin, dass vorgeschlagen wird, die doppelte Staatsbürgerschaft abzuerkennen, entgegen dem Grundgesetz, und so weiter. Das sind alles Debatten, Impulse, die auch Auswirkungen haben auf Menschen mit Migrationsgeschichte, auf Deutsche, auf Doppelstaatsbürgerinnen und Doppelstaatsbürger. Insofern wollte ich wissen, inwieweit auch solche Debatten Einfluss haben und ob wir nicht eine stärkere Wir-Erzählung bräuchten.

Dann wollte ich noch mal starkmachen, was hier unter dem Aspekt der Co-Radikalisierung genannt wurde. Das ist etwas, was mir immer wieder, ich bin Sprecher unserer Fraktion für Strategien gegen rechts, auch im Austausch mit Akteurinnen und Akteuren, die im Bereich Rechtsextremismus arbeiten, unterkommt, wo es sehr viele Schnittstellen mit Ihrer Arbeit gibt. Ich weiß, dass das Violence Prevention Network und andere dort auch sehr breit aufgestellt sind, und da wollte ich fragen, was man da machen kann, um da noch mal stärker die Bezüge – – Das sind ja kommunizierende Säulen, also es ist keine Raketenwissenschaft, zu erkennen, dass dort, wo noch mehr Rassismus oder noch mehr Menschenfeindlichkeit kultiviert wird, diese natürlich wieder genutzt werden können, um wieder in die andere Richtung Leute anzusprechen und zu sagen: Ihr seid hier so ausgegrenzt, erlebt hier so viel Rassismus, wir sind die Umma, kommt zu uns! – und so weiter und so fort. Da gibt es unterschiedliche Ansätze. Wie kann man diesen Teufelskreis durchbrechen und vielleicht beides noch mal stärker zusammendenken?

Letzter Punkt: Hier wurde zu Recht gesagt, wie wichtig die Zivilgesellschaft ist und was für eine gute Arbeit sie macht, aber ich glaube, wir müssen immer aufpassen, dass man die Zivilgesellschaft auch nicht überfordert, überfrachtet auch, und dass man vor allem auch die Strukturen, in der zivilgesellschaftliche Akteure arbeiten, stärkt. Insofern sollte es neben allem Innovationsgeist schon auch das Ziel sein, die Prekarisierung so klein wie möglich zu halten und einfach auch die Strukturstärkung in Form eines Demokratiefördergesetzes voranzutreiben. Da darf dann auch gern der eine oder andere unbefristete Vertrag in der Zivilgesellschaft umgesetzt werden. – Danke schön!

Vorsitzender Kurt Wansner: Danke, Herr Mirzaie! – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr von unseren Abgeordneten. Für die Antworten haben noch einmal alle Anzuhörenden das Wort. – Frau Oehlmann, Sie haben jetzt am längsten gewartet, ich gebe Ihnen sofort das Wort!

Jamuna Oehlmann (BAG RelEx): Vielen Dank! – Das waren viele sehr spannende Fragen. Ich habe mitgeschrieben, und trotzdem verzeihen Sie mir, falls ich den einen oder anderen Punkt nicht mitnotiert habe; aber ich verlasse mich auch, vor allem bei einigen Fragen, auf die Kollegen links von mir, weil einige der Fragen sich sehr konkret an die Präventionsarbeit in Berlin richten. Bei der Gelegenheit möchte ich noch zwei Sätze zu meiner Organisation sagen: Wir sind, wie gesagt, eine Dachorganisation, bundesweit aktiv. Ufuq und VPN, die hier neben mir sitzen, sind auch Mitgliedsorganisationen und Gründungsmitglieder der BAG RelEx. Das heißt, die Strukturen, die gerade genannt wurden, sind absolut etwas, was wir befürworten und auch langfristig fördern müssen. Das ist tatsächlich mein Job, Netzwerke zu fördern, die Zivilgesellschaft zusammenzubringen, mich für die Arbeitsbedingungen von Leuten in der Zivilgesellschaft einzusetzen und auch einzufordern, dass wir möglichst lange Arbeitsverträge und gute Bezahlung sicherstellen können, denn da sind topausgebildete Leute, das muss ich Ihnen nicht sagen. Einige Leute, die in den Mitgliedsorganisationen von uns arbeiten, werden regelmäßig angesprochen und abgeworben von relevanten Akteuren in Berlin.

Die erste Frage von Herrn Schrader zum Trend der Radikalisierung im Netz, was konkret umgesetzt wird: Für meine Organisation kann ich sagen, dass wir in den letzten zwei Jahren Qualitätsstandards für den Bereich der Onlineprävention entwickelt haben. Das heißt, wir

haben uns in einem Prozess von zwei Jahren regelmäßig zusammengesetzt mit den Akteuren, die in Deutschland Präventionsarbeit im Netz machen. Bekanntester Akteur, würde ich sagen, für den Bereich ist „streetwork@online“, der bundesweit auch über das BAMF finanziert wird und Radikalisierungsprävention im Netz macht. Aber da waren auch viele andere Akteure dabei, auch die Kolleginnen von Ufuq, und wir haben tatsächlich auch darüber gesprochen, welche Methoden wie funktionieren. Die einhellige Antwort ist: Wir müssen noch mehr machen, es reicht noch nicht, und es ist kompliziert. – Da kommt zusammen, dass wir von zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Onlineprävention erwarten, dass sie sich als gut ausgebildete Leute mit dem Phänomen auskennen und trotzdem jung und affin sind, sich auf TikTok auskennen und authentisch kommunizieren können. Allein da ist ein Widerspruch: Leute, die jahrelang im Feld sind und Erfahrung haben, gleichzeitig aber auch jung und authentisch kommunizieren sollen. Mit wenigen Ressourcen soll man irgendwie die gleiche Reichweite der eigenen Inhalte kreieren, wie es vielleicht ein Abul Baraa, der vorhin benannt wurde, erreichen kann.

Das heißt, es gibt da auf jeden Fall noch Aufholbedarf. Es gibt unterschiedliche Ansätze, zum Beispiel in Kommentarspalten in den Dialog mit Jugendlichen zu gehen, um aufmerksam darauf zu machen, dass islamistische Akteure ein Schwarz-Weiß-Denken proklamieren, komplexe Inhalte, auch zur Religion, in 30-sekündigen Reels versuchen darzustellen, und dort überhaupt erst mal aufzuklären. Jugendlichen ein alternatives Angebot zu machen, ist ganz zentral, aber da gibt es unterschiedliche Ansätze: mehr über die Inhalte oder eben in Kommentarspalten. Ich glaube, das führt vielleicht ein bisschen weit, aber die Antwort, die ich geben kann, ist: Von unseren knapp 40 Organisationen in der Mitgliedschaft sind vielleicht 8 Organisationen, die Onlineprävention machen, und das mit unterschiedlichem Erfolg. Damit will ich nicht sagen, dass die das nicht mit allen Ressourcen versuchen, aber ich will betonen, dass man da noch mehr Flexibilität braucht. Man braucht tatsächlich noch mehr Budget, um auch Dinge auszuprobieren, und auch das Vertrauen vom Geldgeber, der dann sagt: Ihr habt hier die Flexibilität, mal was zu machen, und wenn es mal nicht funktioniert, dann wissen wir wenigstens, dass dieser Ansatz in dieser einen Filterbubble vielleicht nicht funktioniert. – Es ist tatsächlich kompliziert. – Ich bin mir sicher, dass ihr dazu noch mehr sagen könnt.

Zur Planungssicherheit, das war die zweite Frage: Für meine Organisation kann ich auch sagen, wir haben das Glück über „Demokratie leben!“ finanziert zu sein und da auch den Zuschlag bekommen zu haben für ein Projekt, „Demokratie leben!“ eben auf Bundesebene, und trotzdem ist die Planungssicherheit natürlich in den letzten Monaten durch den Haushalt auf Bundesebene eine Katastrophe gewesen, auch, was die Förderung aus Berlin betrifft. Wir bekommen eine Co-Finanzierung aus Berlin, darüber sind wir sehr froh, die uns wirklich weiterhilft, aber die Unsicherheit ist natürlich immens. Ich will nicht auf die Tränendrüse drücken, aber wir haben Arbeitsverträge seit – was haben wir heute? Den 20.! – drei Wochen oder so. Und das ist schon doof, weil ich gute Leute im Team habe, einer sitzt neben mir, und ich habe natürlich die Sorge, dass sich die Leute woanders bewerben, und das passiert auch. Das ist tatsächlich eine Katastrophe, aber ich denke auch, Ufuq und VPN können mehr zur Planungssicherheit in Berlin sagen, wie das euch konkret betrifft.

Die Frage zu Magdeburg richtete sich an Thomas. – Viele von deinen Fragen habe ich so verstanden, dass sie sich eher konkret an die Präventionsakteure in Berlin richten; wenn ich darf, überspringe ich das mal. – Ich befürworte auf jeden Fall auch das Argument oder den Punkt zu den formellen Netzwerken. Das hatte ich auch in meinem Statement gebracht.

Zu den Geschlechterverhältnissen kamen auch einige Fragen. Besonders im Netz werden junge Männer und junge Frauen auch unterschiedlich angesprochen, und es gibt unterschiedliche Faktoren, die Männer und Frauen oder Mädchen und Jungen ansprechen. Das sind unterschiedliche Themen, aber als Überschrift kann man eigentlich sagen: Es braucht immer irgendwie ein Hook, ein Einstiegsthema, häufig ist es tatsächlich so, dass es banale Lifestylethemen sind wie Mode oder Kampfsport, das sind so Hooks, die Jungen oder Männer auf unterschiedliche Art und Weise in der islamistische Szene irgendwie interessieren. – Zu den Zahlen würde mich auch interessieren, Thomas, was du sagst, ob das mehr Männer oder mehr Frauen sind, die sich an euch wenden, beziehungsweise Angehörige derer.

Ich komme zu den Fragen von Herrn Lenz: Bei der ersten Frage, muss ich ehrlich sagen, kann ich meine eigene Schrift nicht mehr ganz erkennen, aber ich glaube, das bezog sich auf den Punkt zum Demokratiefördergesetz. Ich überspringe das für den Moment. – Vielleicht könnt ihr mir da zur Seite springen.

Zu der Frage zum Haushalt – wie kann man es besser machen? –, wenn ich das richtig im Kopf habe –: Ich habe aus der Frage herausgehört, ob wir als Zivilgesellschaft nicht auch mit einer längerfristigen Finanzierung jenseits von einem Demokratiefördergesetz uns zufriedenstellen lassen würden.

Vorsitzender Kurt Wansner: Herr Lenz, kurz!

Stephan Lenz (CDU): Ich wollte Sie nur um eine Einschätzung bitten. Es ist ein Stück weit, aus meiner Sicht zumindest, dazu gibt es, glaube ich, unterschiedliche Einschätzungen, ein Dilemma: Wir können Sie nicht fest anstellen in der Form, aber wir sehen trotzdem die Probleme, die Sie haben, mit der befristeten Finanzierung gute Kräfte zu halten, und ob Sie da Lösungsvorschläge haben. Das war eine Frage an Sie alle.

Jamuna Oehlmann (BAG RelEx): Ich schaue auf die noch erfahreneren Kollegen, nach links, ob es da Lösungsvorschläge gibt; ich habe die nicht. – Eine Aussicht für eine Langfristigkeit muss, glaube ich, gegeben sein. Und vor allem auch: Die Situation, die wir jetzt in Berlin haben und auch auf Bundesebene hatten, dass man nicht erst im Dezember erfährt, dass es im Januar weitergeht; das ist, glaube ich, eins der Riesendilemmata. – Thomas, ich habe dein Nicken gesehen.

Zur Onlinearbeit: Was machen wir konkret? – Dazu habe ich ein paar Sätze gesagt. Es gibt wirklich gute Ansätze, und es gibt auch viel Forschung zu dem Themenbereich. Ich glaube, auch da können wir in der Zivilgesellschaft noch näher zusammenkommen mit Forschung. Da sind wir auch dran. Da haben wir ein Projekt eingereicht. Ich glaube, ganz wichtig ist, dass wir in der Zivilgesellschaft, aber auch die Verwaltung und Politik noch offensiver sind, auch versuchen, die eigenen Positionen – und ja, die sind teilweise nicht in kurzen Videos darzustellen, dass man es trotzdem versucht, und ich fasse mich da auch an die eigene Nase, ich bin da selbst noch nicht mutig genug, aber dass man das mehr macht und dass auch die Organisation da Dinge ausprobiert. Ich weiß, dass einige von Ihnen das auch machen, und ich finde das großartig, dass man sich das auch traut, jenseits der simplifizierenden Narrative, die die AfD online darstellt und natürlich auch islamistische Akteure. Man erwartet es irgendwie von den demokratischen Parteien, und da nehme ich die Zivilgesellschaft mit in die Pflicht, aber

auch Sie, die da legitime und laute Stimmen sein müssen in einem politischen Diskurs, der absolut auch online stattfindet.

Meine Meinung – noch zu dem Thema – ist, dass wir hier häufig davon gesprochen haben, dass wir Radikalisierung im Netz und offline haben. Aber das gibt es ja. Diese Trennung ist für uns oder für viele von uns über dreißig vielleicht noch präsent, aber für die Jugendlichen ist das einfach keine Frage mehr; das ist selbstverständlich, dass man sich ganz natürlich online und offline parallel bewegt. Das heißt, jede Begegnung, jede Interaktion ist genauso viel wert, wenn sie online passiert oder wenn sie in Präsenz passiert. – Ich glaube, von diesem Denken, und das fällt mir selbst auch schwer, muss man sich verabschieden, um eine sinnvolle Präventionsarbeit machen zu können und Demokratie ganz selbstverständlich auch online umzusetzen. Ich glaube, es ist nicht damit getan, wenn man einem studentischen Mitarbeiter den Auftrag gibt, die Social-Media-Arbeit zu machen in der Fraktion, in der Partei oder auch in einer NGO. Also Fokus auf Präsenz im Netz!

Die Verwicklung mit der Organisierten Kriminalität in Berlin: Dazu kann ich nicht so viel sagen. Ich weiß nicht, ob jemand in der Runde das kann. – Möchtest du dazu Ergänzungen machen? – Nein, okay. – Auch zur Frage der Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Verfassungsschutz: Sie haben es gesagt, ich bin in der Taskforce Islamismusprävention für die Innenministerin, das heißt, in dem Gremium haben wir auch gute Zusammenarbeit mit den Behörden auf Bundesebene. – Zur Landesebene: Wir sind im guten Austausch mit einigen von Ihnen, aber auch die Frage würde ich weitergeben an die Kollegen.

Zur Frage TikTok-Verbot: Natürlich nicht! Ich glaube, das ist nicht umzusetzen und auch nicht sinnvoll, weil wir so tun, als könnten wir den Jugendlichen vorschreiben, wie sie kommunizieren. Wenn es TikTok nicht gibt, dann wird es eine andere Plattform geben, wo sie angesprochen werden und wo sie sich potenziell radikalisieren können. Ich glaube, wir müssen mit dem arbeiten, was wir haben. An TikTok ist viel zu kritisieren, und trotzdem können wir diese Plattform nicht außer Acht lassen und dort keine Angebote entwickeln, das heißt, wir müssen auf jeden Fall auch dort Angebote entwickeln. – Auch Altersgrenzen halte ich nicht für sinnvoll, denn wir verlagern das Problem woandershin. Wir müssen Angebote schaffen, wir müssen es möglich machen, mit Jugendlichen dort vor Ort ins Gespräch zu kommen und, ja klar, genauer zu kontrollieren, wer dort Angebote macht, und diese unterschiedlichen europäischen Richtlinien – Digital Services Act und so weiter – auch umsetzen, dass Inhalte nach einer Stunde dann tatsächlich aus dem Netz gelöscht werden.

Ich will nicht zu viel Redezeit in Anspruch nehmen. Weitere Fragen gab es zu den Gegenstrategien und zur Wir-Erzählung. Die Frage fand ich ganz wichtig, denn ich hatte diesen Gedanken auch bei einigen Ausführungen vorhin von Herrn Mansour. Ich freue mich, dass wir uns heute hier kennenlernen, und trotzdem muss ich an den einen oder anderen Stellen widersprechen, weil ich herausgehört habe, dass es ein „wir gegen die“ ist. In der Arbeit mit Jugendlichen, in der Präventionsarbeit, bringt uns das, glaube ich, langfristig nicht weiter, wenn wir da eine Schranke aufmachen, sondern wir müssen schauen: Wie können wir diese Wir-Erzählung zu einer echten Wir-Erzählung machen, wie können wir Jugendliche an Bord holen und keine Mauer vergrößern? Stattdessen müssen wir verstehen, dass Stigmatisierung einer von vielen Radikalisierungsfaktoren, nicht der einzige, aber ein relevanter Radikalisierungsfaktor sein kann.

Das heißt, wenn wir suggerieren, muslimische Organisationen sind vielleicht doch problematisch, natürlich gibt es die, aber wenn wir von vornherein davon ausgehen, dass sie problematisch sind, dann können wir keine produktive Präventionsarbeit mit diesen Akteuren machen. Meiner Meinung nach führt so ein Denken auch dazu, dass diese Wir-Erzählung von bestimmten Gruppierungen verstärkt wird und wir noch größere Schwierigkeiten haben, an junge Menschen heranzukommen und Präventionsarbeit wirklich sinnvoll umzusetzen. Das heißt, diese Exotisierung von Jugendlichen, migrantischen Jugendlichen kann zu einer Radikalisierung beitragen.

Dann komme ich zum nächsten Punkt, der Co-Radikalisierung: Ich glaube, ganz wichtig ist anzuerkennen, dass es dieses Phänomen gibt. Rechtsextremismus und Islamismus sind zwei unterschiedliche Phänomene, und trotzdem, das haben einige Kolleginnen und Kollegen gerade auch schon angesprochen, gibt es viele Ähnlichkeiten, die Brückennarrative. Götz hatte das in seinem Statement auch gebracht. Ich glaube, wenn wir verstehen, dass die sozialen Faktoren, die zu einer Radikalisierung führen können, das mag Ausgrenzung sein, Armuts-erfahrung, Diskriminierung, die Bandbreite ist groß, auch das Gefühl von Zugehörigkeit zu einer Gruppe, sehr ähnlich sind, wenn man das anerkennt und versteht, kann man beide Phänomene in den Blick nehmen und bearbeiten. Damit will ich nicht sagen, dass Leute, die im Bereich der Islamismusprävention arbeiten, auch ohne Weiteres im Bereich der Rechtsextremismusprävention arbeiten sollten, sondern dass man sich da austauscht und auch up to date bleibt.

Zum letzten Punkt: NGOs nicht überfrachten, absolut, sondern Strukturen fördern. Das ist etwas, was wir mit der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus auch machen und da auch viel Arbeit geleistet haben: Netzwerke zu fördern, an Qualitätsstandards zu arbeiten, einen Austausch zu finden, wo NGOs sich austauschen können, das funktioniert wirklich, am Zahn der Zeit zu bleiben, welche Trends aktuell sind. Natürlich wird ein Demokratiefördergesetz auf Landes- und auch auf Bundesebene da einen immensen Vorteil bringen. – An der Stelle möchte ich unbedingt an meinen Kollegen abgeben für ein paar Ergänzungen zu meinen Ausführungen.

Ivo Lisitzki (BAG RelEx): Ich würde gerne eine Ergänzung machen zu dem Punkt von dir zum gemeinsamen Wir, dieses als Gesellschaft Definieren des gemeinsamen Wir. Die Frage war: Wie wichtig ist diese Definition des gemeinsamen Wir? – Ich würde sagen, Sie ist absolut essenziell und wichtig, vor allem, und das hast du, Jamuna, gerade schon gesagt, weil Ausgrenzungserfahrungen zum einen absolut Teil von Radikalisierungsprozessen sein können, auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber islamistische Gruppierungen und Netzwerke ganz geschickt auch Ausgrenzungserfahrungen aufgreifen von Jugendlichen und die wieder in ihre Propaganda einspielen und damit weiter nach außen werben. Das heißt, die zwei Faktoren sind absolut wichtig zu beachten, und im Gegensatz dazu ist dann ein starkes und glaubhaftes Wir zu definieren, wo sich wirklich junge Menschen gerade auch abgeholt und gesehen fühlen. Das wollte ich gerne noch mal untermauern, weil ich glaube, dass das essenziell und wichtig ist.

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Frau Oehlmann und Herr Lisitzki, für Ihre Antworten! – Herr Dr. Nordbruch, jetzt haben Sie die Möglichkeit!

Dr. Götz Nordbruch (Ufuq e. V.): Ich versuche, einige der Fragen zu bündeln, und zwar würde ich gerne – – Ich hatte vorhin das Beispiel mit der Demonstration von Pierre Vogel in Neukölln. Das ist sozusagen das Negativbeispiel. Das positive Beispiel wäre im Nachgang der Anschläge in Christchurch. Wenn Sie sich erinnern, Mai 2019, die Anschläge in Christchurch, über 50 Tote. Dieser Anschlag in Christchurch war der am meisten in sozialen Medien berichtete Anschlag bis zu dem Zeitpunkt. Es gibt eine Studie vom Institute for Strategic Dialogue. Die haben das untersucht, und da wurde festgestellt, dass das der meist berichtete Anschlag in den sozialen Medien war bis dahin. Das heißt, der Anschlag war überall präsent, bei Jugendlichen und jungen Menschen, und zwar global. Wir haben damals gesehen, dass Organisationen wie Generation Islam und Realität Islam, die hier schon angesprochen wurden, versucht haben, das zu instrumentalisieren und junge Menschen hier in Deutschland für ihre Interessen zu mobilisieren. Beispielsweise gab es in Neukölln damals Flugblätter, die verteilt wurden von dieser Organisation, wo draufstand: Deine Moschee, das nächste Ziel –, wo also ganz klar Angst unter jungen Muslimen geschürt wurde vor diesen Anschlägen. Interessant war, und das ist mein Punkt, diese Art der Manipulation in sozialen Medien hat nicht funktioniert. Wir haben nicht bemerkt, dass diese Inhalte von Generation Islam, von Realität Islam besonders viral gegangen sind. Meine Erklärung dafür ist, wenn Sie sich erinnern, wie damals die Premierministerin auf diesen Anschlag reagiert hat, ich denke, Sie haben alle diese Bilder noch vor Augen, dass die Premierministerin von Neuseeland damals in diesem Gemeindezentrum stand mit Kopftuch und zu der Gemeinde sprach und sagte: Meine Pflicht als Premierministerin ist es, Ihre körperliche Unversehrtheit und Ihr Leib und Leben zu schützen. – Das war eine so starke Botschaft, dass diese Instrumentalisierung und Manipulationsversuche von islamistischen Akteuren nicht so gefruchtet haben, wie es 15 Jahre zuvor in Neukölln mit Pierre Vogel passiert ist. Das heißt, diese Botschaft auf einer politischen Ebene, diese symbolische Botschaft der Premierministerin ist global gegangen und hat bei Jugendlichen genau das bestärkt, was eben auch schon angesprochen wurde, nämlich ein Wir-Gefühl, eine politische Botschaft der Inklusion und der Anerkennung. Diese Botschaft auf politischer Ebene können wir als Zivilgesellschaft nicht bringen.

Damit bin ich bei dem Thema der Finanzierung. Wir als Zivilgesellschaft können eine Expertise entwickeln, und diese Expertise können wir der Polizei zur Verfügung stellen, der Schule, der Jugendhilfe, aber wir können nicht bundesweit Präventionsangebote umsetzen. Das ist die Aufgabe der Regelstrukturen. Das heißt, ich weiß nicht mehr, von wem die Frage kam: Können wir denn mit unseren Mitteln alles abdecken? – Nein, natürlich nicht, und das ist auch nicht unsere Aufgabe, sondern unsere Aufgabe ist es, diese Expertise zur Verfügung zu stellen, und dann bin ich bei dem Problem. Das Problem ist, dass die Lehrkräfte sagen: Wann sollen wir das denn machen? Wir haben überhaupt nicht die Zeit, bei Ihnen eine Fortbildung zu besuchen. – Das heißt, wenn es um die Finanzierung geht, brauchen wir natürlich die Expertise der Zivilgesellschaft, und die muss langfristig verstetigt werden. Aber die große Baustelle ist die Finanzierung der Regelstrukturen von Schule, Jugendhilfe, Familienberatungsstellen, Polizei, Verwaltung und Berufsförderung. Das sind die Angebote, wo Jugendliche unterwegs sind.

Damit sind wir bei dem Thema Onlineprävention. Ich habe immer so ein bisschen den Eindruck – wir haben 2014 angefangen, Onlineprojekte auf Facebook umzusetzen –: Onlineprävention ist so ein Schlagwort, aber das deckt ein ganz breites Feld ab. Onlineprävention kann sein, dass jemand mir als Träger, als Beratungsstelle eine Frage stellt: Was mache ich denn mit meinem Sohn oder meiner Tochter, der oder die sich radikalisiert? – Das heißt, da geht es

um eine Onlineberatung eins zu eins. Onlineprävention kann aber auch sein: Wir machen eine Kampagne für die Stadt XY mit dem Hashtag „Bunt ist schön“. Das kann auch Onlineprävention sein. Das heißt, das ist ein ganz breites Feld. Wir haben 2014 ein Projekt angefangen, wo es darum ging, mit Jugendlichen auf Facebook zu diskutieren. Wir haben die Erfahrung gemacht, das macht nicht wirklich Sinn, weil wir nie eine größere Reichweite haben. Wir kommen überhaupt nicht mit unseren 200 000, die wir damals hatten, auf eine nennenswerte Zielgruppe. Für uns war der Schluss aus diesen Erfahrungen, dass es nicht darum geht, uns Gelder zu geben, um zu versuchen, möglichst viele Jugendliche zu erreichen, sondern das Ziel muss sein, beispielsweise Gangway oder andere Träger zu organisieren, die sowieso mit Jugendlichen unterwegs sind, die Jugendarbeit zu ganz unterschiedlichen Themen machen, und die muss auch online stattfinden. Dann geht es um Suizid, dann geht es um Berufsprobleme, dann geht es um familiäre Konflikte, und es geht auch um Radikalisierung. Da komme ich an Jugendliche in einer relevanten Zahl heran. – In Frankreich gibt es einen Ansatz, der sich Promeneurs Du Net nennt, also so etwas wie Spaziergänger im Netz, die bei den Familien und bei der Kinder- und Jugendhilfe angesiedelt sind. Die decken das ganz thematische Spektrum der Kinder- und Jugendhilfe ab und haben eine Expertise, wo es auch um Radikalisierung geht. Sie haben aber auch eine Expertise zu sexueller Gewalt, zu Sucht, das heißt, da kommen ganz viele Themen zusammen, die dann auch online bedient werden.

Zwei Punkte würde ich gerne noch ansprechen. Es ging einmal um die Frage, was in den Schulen noch Themen sind. Wir machen die Erfahrung, dass das Thema Männlichkeit, toxische Männlichkeit das Thema ist, das von Lehrkräften mit als Erstes genannt wird, wenn es um Konflikte geht, also, Jungen, die toxisch männlich unterwegs sind, die Mitschülerinnen abwerten, Fragen von sexueller Orientierung, da sind wir bei dem Thema Transfeindlichkeit – auch das ein Querschnitt durch die Gesellschaft, in allen gesellschaftlichen Milieus ist das ein wichtiges Thema. Auch da können wir Expertise anbieten, umsetzen muss es die Lehrerin in Lichtenberg oder in Moabit. Das ist die Herausforderung, und das ist natürlich viel teurer als das, was in den Landesprogrammen an Mitteln zur Verfügung steht. Deswegen möchte ich es nur gerne sagen: Die große Herausforderung ist, die Regelstrukturen zu stärken.

Der letzte Punkt, das ist noch mal die Polizei. Wir haben mit unserer Fachstelle hier in Berlin viele Veranstaltungen mit der Polizei gemacht, auch zu so einem Thema wie Transfeindlichkeit, zum Thema Rassismus, Empowerment, und wir machen es auf Bundesebene. Mit dem Programm „Polizeiliche Kriminalprävention“ haben wir immer wieder kooperiert, und wir haben gute Erfahrungen gemacht, weil wir den Eindruck haben, dass sich da einfach auch sehr viel tut. Die Diskussionen sind für uns immer sehr hilfreich, weil eben auch deutlich wird, wie unterschiedlich die Polizeien in den Bundesländern arbeiten. Die Frage: Geht die Polizei in die Schule, um Präventionsarbeit zu machen? – wird in dem einen Bundesland ganz anders beantwortet als im anderen, und da habe ich den Eindruck, das sind wirklich sehr hilfreiche Diskussionen für alle, wo sowohl die Polizei etwas mitnimmt, aber auch wir als Träger der Zivilgesellschaft. – Danke!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Nordbruch, für Ihre Antworten! – Herr Mücke, bitte!

Thomas Mücke (Violence Prevention Network gGmbH): Ich gehe mal auf die konkreten Fragen bezogen auf Berlin ein, und Magdeburg war die Frage gewesen. Die Frage des Ratters: Es ist für zivilgesellschaftliche Organisationen der Deradikalisierungsarbeit und für Si-

cherheitsbehörden nicht einfach, Raster zu entwickeln. Hat man auch wirklich jeden im Blick, von dem eine Gefahr ausgehen könnte? Das hat sich hochgradig professionalisiert, aber in solchen Rastern darf man nicht nachher denken: Es wird keinen terroristischen Anschlag geben. – Von diesem Denken müssen wir weggehen, und das ist nach jedem terroristischen Anschlag so: Hätte es nicht irgendwie vermieden werden können, wenn dieses oder jenes berücksichtigt worden wäre? – Das wird gar nicht machbar sein. – Allerdings müssen wir auch aufpassen, dass bei diesen Rastern nicht Kriterien enthalten sind, die hochproblematisch sind. 11. September: Die Anschlagsattentäter waren kurz vor dem operativen Vorgehen noch in einem Club gewesen und haben Alkohol getrunken. – Jemand, der einen Anschlag geplant hatte und festgenommen worden ist, kann der sich in der Vollzugsanstalt nicht selbst das Leben nehmen? – Das geht gar nicht, weil der einen muslimischen Hintergrund hat. – Das ist passiert. Kann jemand, der eine Migrationsgeschichte hat, Rechtsextremist sein? – Natürlich kann er das. Wenn wir solche Ausschließbarkeitsfaktoren haben, dann wird es sehr schwierig.

Was Magdeburg angeht: Ich habe mir den Fall sehr genau angeschaut. Bei dieser Vielzahl der Hinweise kann ich nicht nachvollziehen, warum diese Person nicht näher, genauer betrachtet worden ist. Klar, es ist ein untypischer Fall, weil die Person im Maßregelvollzug arbeitet. Da gibt es übrigens auch Sicherheitsüberprüfungen. Sie kommt aus dem psychotherapeutischen Bereich. Es ist altersuntypisch. Wir müssen auch hier in diesen Fällen davon ausgehen: Vorsichtig! Auch der untypische Fall kann zum Fall werden, und das wird in Zukunft ein Problem werden. Die Raster müssen immer wieder angepasst werden. Wir müssen aufpassen, Raster sind immer nicht die vollendete Wahrheit, aber in Magdeburg, wie gesagt, gab es sehr viele Hinweise. Was mich bei Magdeburg geärgert hat, war: Wenn wir eine Person nicht in ein Raster hineintun können, fällt uns plötzlich das Thema psychische Auffälligkeit auf. Notfalls ist es dann dieser Punkt. – Ich sage mal so: Leute, die terroristische Anschläge machen, sind alle irgendwie psychisch auffällig. Ich hätte mir gewünscht, dass in dem Fall deutlich wird, es handelt sich um einen politisch-terroristischen Anschlag, und dass der Generalbundesanwalt übernommen hätte, wäre das richtige Zeichen gewesen.

Zurück nach Berlin, wie die Zusammenarbeit mit der Polizei ist: Die ist sehr gut. Jetzt komme ich noch mal auf die Raster: Wir haben hier unterschiedliche Raster, und das ergänzt sich sehr gut. Wir haben eine sehr gute, vertrauensvolle, gegenseitig akzeptierende Zusammenarbeit, die wir hier in Berlin auch fallbezogen haben im Rahmen des DeRadNet, und das ist etwas, was wir seit zehn Jahren machen. Das hat sich sehr bewährt. Es gab am Anfang Rechtsunsicherheiten, die sind mittlerweile geklärt, und deswegen sagen wir, diese Zusammenarbeit ist auch eine Säule, dass wir darauf achten können, dass in Berlin möglichst wenig passiert.

Zu den Kapazitäten, die angesprochen worden sind: Nein, schaffen wir nicht. Die Frage kam von Ihnen. Wir müssen ständig Priorisierungen durchführen. Wir müssen ständige Rationalisierungsprozesse im Arbeitsverlauf machen. Wir können nicht so viel auf Sitzungen sein; heute ist eine Ausnahme. Ansonsten gebe ich mal ein Beispiel: Wir haben auch Förderungen drin. Das Problem ist gleich geblieben, gleiche Summe wie vor zehn Jahren. Man bekommt immer noch dieselbe Summe nach zehn Jahren, aber das Personal und insgesamt alles wird teurer. Wir wissen, die Haushaltslagen sind angespannt. Wir wissen auch, dass wir in Zukunft eher auf eine Stabilisierung hoffen, aber die Haushaltsunsicherheiten der letzten 16 Monate haben natürlich Auswirkungen gehabt. Ich war im November schon dabei, ich habe 72 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meiner Organisation in der zweiten Kündigungswelle gesagt, es gab eine erste, dass wir keine Arbeitsverträge unterschreiben können. 72 betriebs-

bedingte Kündigungen waren schon unterschrieben, lagen schon im Postausgangsfach, konnten dann aber kurzzeitig noch mal zurückgenommen werden. Wir müssen immer gucken, wie weit wir in das wirtschaftliche Risiko gehen, um eine Insolvenzgefahr abzuwenden, und wir sind ständig mit einer Insolvenzgefahr konfrontiert. Das ist natürlich eine Herausforderung. Die macht es schwierig, gerade wenn man in diesem sensiblen Bereich arbeitet, wo man seine Arbeitskraft eigentlich anderweitig fokussieren sollte.

Die Frage der Projektförderung hat früher funktioniert, als die Haushalte einigermaßen stabil waren. Wenn die Haushalte instabil sind, und das werden sie garantiert auch in den nächsten Jahren sein, dann wird es das Ende der zivilgesellschaftlichen Organisationen sein, auch einer Organisation wie wir als Violence Prevention Network, die sehr auf eine Mischfinanzierung achtet. Wir haben festgestellt, dass unsere Rücklagen – sie sind erheblich – auch nur zwei Monate reichen würden. Wir würden, wenn wir im internationalen Geschäft nicht tätig wären, das heißt, wir entwickeln hier in Deutschland Ideen und Produkte, die wir im Ausland verkaufen, wenn wir das nicht machen würden, würden wir gar nicht mehr existieren. Das heißt, und deswegen komme ich noch mal auf den Punkt der Verstetigung zurück, Sie müssen sich in irgendeiner Art und Weise Gedanken machen, dass das Bisherige, dass es so, wie es bisher funktioniert hat, in Zukunft nicht mehr funktionieren wird. Eine Regelfinanzierung kann man auch bei freien Trägern machen. Dazu muss man nicht Teil des öffentlichen Dienstes werden. Aber auf irgendeine andere Sicherheit müssen wir kommen, denn in diesem Bereich habe ich Fachkräfte. Ich brauche Jahre, um die Fachkräfte auszubilden. Ich hätte eigentlich schon in Rente gehen müssen. Das geht gar nicht mehr, wir haben nicht mehr die Fachkräfte. Ich muss das noch ein paar Jahre machen. Die guten Leute, die wir haben, sind teilweise, einige von denen, in dieser Zeit der Unsicherheit weg. Die sind auch im gesamten Extremismuspräventionsbereich nicht mehr tätig, sondern die sind ganz woanders. Das heißt, die ganzen Kompetenzen, die sich angesammelt haben, gehen verloren, und diese Kompetenzen lassen sich nicht einfach beliebig austauschen. Das wird nicht möglich sein.

Zu der Frage der Frauen: Im gefahrenrelevanten Bereich haben wir ein Drittel etwa, vorsichtig, im nicht gefahrenrelevanten Bereich haben wir 50/50. Das zeigt, dass gerade auch junge Mädchen, Jugendliche grundsätzlich eher manipulierbar und immer ansprechbar sind, und die Lebenssituationen von Mädchen sind nicht andere als die von Jungen, wenn sie nach Anerkennung, nach Wertschätzung streben oder fehlenden Halt beklagen. Es sind die gleichen emotionalen Bedürfnisse, die dahinterstecken. Allerdings: In die Formen der Radikalisierung reinzugehen, dass man das konkret mit der Gewaltperspektive verbindet, da haben wir eher die Fokussierung auf das männliche Geschlecht.

Zu den Onlineangeboten: Da bin ich sehr skeptisch. Sie werden vielleicht beobachtet haben, ich habe mich selbst aus allen Accounts herausgenommen – also das auf die Frage, ob ich selbst auf sozialen Plattformen tätig bin. Das haben viele meiner Kolleginnen und Kollegen gemacht, aus zweierlei Gründen: Erstens wurde versucht, die Accounts zu hacken und israel-feindliche Posts dort reinzusetzen, um zu diskreditieren. Deswegen mussten wir uns schützen. Deswegen sind die Leitungskräfte zum größten Teil raus aus diesen Accounts. Zweitens: Die Kolleginnen und Kollegen, die sich in die Plattform hineinbegeben haben und zum Beispiel auch Diskussionen mit Leuten wie von Realität Islam und so etwas führen und versuchen, Gegennarrative aufzubauen, sind in eine Gefährdungssituation hineingekommen. Da gab es also Gefährder- und Gefährdetenansprachen. Auch hier, muss ich sagen, müssen wir unsere

Kolleginnen und Kollegen schützen. Im digitalen Bereich tätig zu sein, ist sehr kompliziert, sehr aufwendig, nicht ungefährlich, und es kostet auch viel Geld.

Jetzt komme ich noch mal zurück zum Geld. Wir mussten hier auch Prioritäten setzen, denn wir müssen auch aufpassen, in dem Bereich müsste man viel investieren. Digitale Angebote, das ist teuer. Dieses Geld ist nicht da. Wir haben natürlich Onlineangebote im Bereich von Beratung. Die Onlineberatung hat noch kein Einziger bis jetzt in Anspruch genommen. Anders sieht es aus, wenn Angehörige und ähnliche Personen mit uns Kontakt aufnehmen. Da bestehen alle Angebotsformen. Aber ansonsten wäre ich da sehr vorsichtig zu glauben, dass man dieser Propagandawelle in irgendeiner Art und Weise etwas entgegensetzen könnte, das irgendeine Wirkung hat. Ich muss gucken: Ist da eine Wirkung da? –, und trotzdem muss ich auch experimentieren. Das gehört dazu. Die Taskforce wird sich am Ende der Woche mit diesem Thema sehr genau beschäftigen und Maßnahmen vorschlagen. – Dennoch, auf die Frage, was gebraucht wird: Ohne restriktive Maßnahmen wird man nicht klarkommen, weil die Plattformen eigene Regulierungsformen, was Hass und Hetze angeht, nicht wirklich umsetzen werden. Das zeigt sich gerade auch in den letzten Wochen, dass das ein Problem werden wird. Daher finde ich, der Weg, den Australien geht, ist ein Weg, der unverzichtbar ist, dass man diesen gehen sollte.

Letzter Punkt noch mal zum Vollzugsbereich: Wir sind im Vollzugsbereich in Berlin natürlich auch tätig. Übrigens ist es hier relativ genau zu fokussieren, wer die Zielgruppe ist. Dahinter steckt immer die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Alle diese Personen werden angesprochen, werden zu 100 Prozent erreicht, und es kann eine sehr gelingende Arbeit mit ihnen durchgeführt werden. – Ich hoffe, ich habe keine der vielen Fragen ausgelassen, und danke erst einmal.

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Mücke, für Ihre Antworten! – Herr Mansour, jetzt haben Sie die Möglichkeit!

Ahmad Mansour (Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention [MIND] gGmbH): Vielen Dank für die Fragen! Ich werde mich auf ein paar konzentrieren, die ich für enorm wichtig halte. – Erst mal zur Finanzierung und zur Projektlandschaft: Ich glaube, dass es nicht die eine Maßnahme geben kann, die immer alle Jugendlichen in allen Formen erreichen kann, sondern es muss einen Wettbewerb der Ideen geben. Natürlich kann ich sehr gut verstehen, was Herr Mücke über die Gefährdung der einzelnen Person sagt, über diejenige online. Ich habe auch nicht ein Projekt, das am besten funktioniert. Wir haben zum Beispiel versucht, Projekte zu schaffen, Menschen, die offline bei uns in Workshops waren, auch online zu binden, indem wir auch für sie Onlineangebote machen. Das wäre eine Möglichkeit. Digitale Sozialarbeit, wo man auf Desinformationen hinweist, ist eine Möglichkeit. Ich bin absolut der Meinung, dass politische Bildung auch mit Aufklärung und so weiter auch online funktionieren kann, aber es wird nicht das eine Projekt geben, man gibt hier 200 000 Euro, und dann gibt es ein paar Videos, und damit retten wir das Netz und diese Generation, sondern es muss ganz unterschiedliche Versuche und Projekte geben, und die werden irgendwann funktionieren, denn es gibt keine Alternative. Ich kann sehr gut die Regulierungsdiskussion nachvollziehen, aber sie wird noch Jahre dauern, und ob sie erfolgreich ist, ist eine andere Sache. Das ist Zeit, die wir jetzt nutzen können und sollten, um online Menschen zu erreichen. Ansonsten haben wir bei allen extremistischen Gruppierungen Hochkonjunktur, weil sie gerade tagtäglich versuchen, Jugendliche zu erreichen.

Übrigens zum Wettbewerb der Ideen: Ich warne auch davor, dass politische Akteure nach ideologischem Hintergrund Finanzierung zusichern oder verweigern. In dem Senat vorher, ich kann mir vorstellen, dass das jetzt anders ist, waren bestimmte Projekte nicht willkommen, weil sie nicht den Narrativen entsprachen, die man gerne politisch verbreiten wollte. – [Zuruf von Vasili Franco (GRÜNE)] – Bitte? – [Vasili Franco (GRÜNE): Der aktuelle Senat will Zugriff auf die Landeszentrale!] – Zu Recht! Ich kann auch etwas dazu sagen.

Vorsitzender Kurt Wansner: Herr Franco! Wir wollten nicht in Gegengespräche kommen.

Ahmad Mansour (Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention [MIND] gGmbH): Danke schön! – Zu Magdeburg: Ich glaube, sehr interessant, jenseits der Frage, welche Tatmotive bei diesem Anschlag eine Rolle gespielt haben, ist der Kampf um die Narrative sehr zentral. Die Akteure, die in den sozialen Medien auf der einen Seite versuchen uns beizubringen, es handelt sich um einen Islamisten, der eine Taqiya beschreibt, haben massiv Menschen erreicht und ihnen diese Motive oder diese Beschreibungen auch als Tatsache verkauft. Auf der anderen Seite, da widerspreche ich massiv, gab es natürlich Leute, die politisch wollten, dass der Rechtsextremismus und die Nähe zur AfD als Tatmotiv eine Rolle spielt. In meiner Analyse spielen beide überhaupt keine Rolle. Es handelt sich hier um jemanden, der natürlich politisch nicht auf der Seite steht, die ich für legitim halte, aber beim Tatmotiv, in der Auswahl auch des Ortes, wo er den Anschlag machen wollte, waren die psychische Auffälligkeit, die Verschwörungstheorien und der Hass auf Deutschland das zentrale Tatmotiv und nichts anderes. Ich bitte darum, wenn wir der anderen Seite nicht ermöglichen wollen, dass sie politisches Kapital aus dem Leid von Menschen zieht, dann sollten wir das auch nicht tun und den Fakten treu bleiben.

Zum Thema TikTok: Interessant im Vergleich zu anderen sozialen Medien, ist, dass TikTok in Europa ganz anders funktioniert als in China. Das heißt, wir haben hier einen zentralen, direkten Versuch, unsere Jugendlichen zu erreichen. Auch wenn man sich propalästinensisch und proisraelisch anschaut, dann sieht man da eine gewisse Ungleichberechtigung, die gesteuert wird, nicht nur von den Benutzern, sondern von dem Betreiber dieses Netzwerks. Wenn wir schauen, wo die Mehrheit der Propaganda stattfindet, dann findet sie auf TikTok statt. Man kann zusammenfassen: Auf TikTok wird rekrutiert, auf Telegram wird kommuniziert. Das sind zwei Plattformen, die unfassbar gefährlich sein können, wenn es um Terrorismus und Islamismus geht. Da brauchen wir Anwesenheit und Gegennarrative. Wie das aussieht, darüber müssen wir noch ein bisschen weiter streiten.

Drittens: Wir haben viel von Wir-Gefühl gesprochen. Ich frage mich, warum wir an die Analyse des Rechtsextremismus ganz anders herangehen als beim Thema Islamismus. Beim Thema Islamismus höre ich immer wieder von Diskriminierung, Rassismus, Armut, aber ich höre das – zu Recht – nicht im Kontext von Rechtsextremismus. Warum? – Weil eine der zentralen Säulen guter Präventionsarbeit ist, das Gegenüber ernst zu nehmen und in die Verantwortung zu ziehen und dort, wo ideologische Hintergründe sind, diese auch anzusprechen. Wer die Muslime als Kuscheltiere betrachten will und bei denen ganz andere moralische Standards anlegt als bei der Mehrheitsgesellschaft, betreibt keine Antidiskriminierung, sondern ist im Kern rassistisch. Muslime sind unsere Partner, wenn sie die Präventionsarbeit professionell machen, wenn sie die Grundwerte dieser Gesellschaft teilen, und da interessiert mich nicht die Hautfarbe, nicht die religiöse Zugehörigkeit. Wenn man aber betrachtet und

sieht, wie bestimmte muslimische Akteure sich nach dem 7. Oktober verhalten haben, welche Presseerklärungen sie herausgebracht haben und welche nicht, welche Distanzierung sie zur Hamas gezeigt haben und welche nicht, dann ist das legitim. Das ist ein Fundament, das ist eine Grundlage, dass wir die Zusammenarbeit mit diesen Akteuren, die keine Distanz zum Terror gezeigt haben, infrage stellen; und das zu hinterfragen, ist nicht diskriminierend und keine Skepsis gegenüber der muslimischen Community, sondern gegenüber diesen Akteuren, die politisch aktiv sind und nicht in der Lage waren, die Grundlagen dieser Gesellschaft und ihre Werte zu akzeptieren. Ein Wir-Gefühl ist wichtig, aber ein Wir-Gefühl ist auf Augenhöhe und nicht ein Bemitleiden von Muslimen aufgrund ihrer Situation in dieser Gesellschaft. Es gibt viele unterschiedliche Methoden der Arbeit, und alle haben ihre Berechtigung, und alle sind wichtig. Manche haben einen besseren Zugang zu einer bestimmten Gruppe und andere nicht, aber ich bitte darum, ein bisschen vertiefter nachzudenken, wenn es darum geht, mit wem wir zusammenarbeiten und wen wir zum Partner machen, nicht nur aus der muslimischen Community übrigens. Heute haben wir zu Recht viel über Islamismus gesprochen, zu Recht viel über Rechtsextremismus gesprochen, aber bei Ihren Fragen kam nicht einmal die Frage zur Rolle von Linksextremen, Identitätspolitik und postkolonialen Ideologen, die vor allem nach dem 7. Oktober in Berlin, aber auch woanders, auch im Bereich Islamismus, eine zentrale Rolle gespielt haben, und zwar im negativen Sinne. – Vielen Dank!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Mansour! – Zur Antwort hätte jetzt noch der Senat das Wort!

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Anzuhörende! Ich danke zunächst einmal für die sehr guten zwei Stunden, die wir jetzt miteinander verleben durften, auch für die vertieften Einblicke, die die Anzuhörenden in dieses wichtige Feld hier noch mal gegeben haben. Ich hatte das in meinen einführenden Ausführungen schon deutlich gemacht, dass gerade die Prävention dieser Koalition ein wichtiges Anliegen und auch eine Herzenssache ist. Nicht zu Unrecht haben wir sowohl im Koalitionsvertrag als auch in den Richtlinien der Regierungspolitik es verschriftlicht, dass gute Sicherheitspolitik aus Prävention, Intervention und Repression besteht, und deswegen ist gerade dieser Teil ein ganz entscheidender Baustein dafür, ein ganz entscheidender Baustein – das ist zuletzt auch in der Antwortrunde deutlich geworden –, der auch finanziell und haushälterisch hinterlegt werden muss, damit Sie Ihre Arbeit gut machen können, damit Sie Ihre Arbeit auch verstetigen können.

Herr Abgeordneter Schrader hat ganz konkret auch danach gefragt, und ich will das gerne beantworten. Der Titel ist schon zutreffend benannt worden mit dem Titel 0500/68558, der im Übrigen, das ist mir auch noch mal ganz wichtig zu betonen, im laufenden Doppelhaushalt 2024/2025 signifikante Aufwüchse zu verzeichnen hat, im Vergleich zu dem Haushalt 2022/2023 der vorherigen Koalitionsregierung, und mit Mitteln in Höhe von etwa 2,1 Millionen Euro für beide Jahre versehen worden war. Für das Jahr 2025 hat sich auch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt ihrem Beitrag zur Erbringung der pauschalen Minderausgaben nicht entzogen und einen Einsparanteil in Höhe von 10 Prozent erbracht. Das ist genau der Betrag, den Sie eben beziffert haben, sodass für das Jahr 2025 insgesamt 1,89 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Das sind genau die 10 Prozent, die ich Ihnen eben geschildert habe. Damit steht immer noch ein Mehr im Verhältnis zum vorherigen Doppelhaushalt zur Verfügung. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Zeichen, dass trotz der Einsparbedürfnisse, die dieser Haushalt nun mal eben hat – das haben wir vielfach an anderer Stelle schon miteinander erörtert –, im Ergebnis die Mittel noch höher sind als die des vorherigen Haushalts. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass wir auch weiterhin gemeinsam daran arbeiten müssen, die Mittel zu verstetigen, dass wir potenziell auch für die nächsten Haushalte – die Beratungen für den kommenden Doppelhaushalt beginnen just in diesen Tagen und Wochen – sehen werden, dass wir auch hier zumindest eine Verstetigung, idealerweise natürlich eine Anhebung der Mittel, erzielen werden können. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass im Interesse einer guten Präventions- und Deradikalisierungsarbeit auch dies gelingen wird. – Vielen Dank!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Ich hatte eigentlich nicht vor, noch eine zweite Runde zu führen – [Niklas Schrader (LINKE): Nur eine Nachfrage an den Senat!] –, lieber Herr Schrader, aber ich sehe, dass Herr Lenz und auch Sie sich noch mal gemeldet haben. Dann sollten wir das noch mal kurz befassen. Wir sind ja mit unserer Großzügigkeit da. – Herr Lenz!

Stephan Lenz (CDU): Ich will mich nicht vordrängeln. Wenn Herr Schrader sich vor mir gemeldet hat, Herr Vorsitzender, dann – –

Vorsitzender Kurt Wansner: Herr Lenz, Sie haben sich zuerst gemeldet!

Stephan Lenz (CDU): Vielen Dank für die zweite Fragerunde! – Jetzt haben wir Sie schon mal alle hier, und ich würde ungern so auseinandergehen. Ich beschränke mich mal auf einen Punkt, der mir wirklich wichtig ist, und zwar ist es von allen beschworen worden, aber mir ist dieses gemeinsame Wir noch nicht so ganz klar. Ich kann mir das noch nicht so richtig vorstellen. Ich glaube, da legen auch wirklich alle ein bisschen etwas anderes hinein. Dieses gemeinsame Wir, ich nehme das mal mit, müssen wir auch gegenüber den Adressaten Ihrer Arbeit vertreten, wir als Gesellschaft. Dann müssen wir natürlich klar sein, was darunter zu verstehen ist. Mir ist das ein bisschen zu kurz gekommen, herauszuarbeiten, wie viel Einheitlichkeit es dabei gibt, oder vielleicht gibt es da auch unterschiedliche Auffassungen. Das betrifft einmal die Adressaten, aber natürlich auch, aus meiner Sicht jedenfalls, die Anforderungen, die wir an die Trägerlandschaft stellen. Das beschäftigt unsere Politik. Wenn wir überlegen, wie wir Ihnen Mittel geben oder wie wir das verfestigen, wie wir die zu Recht vorgetragenen Probleme der Trägerszene lösen, dann ist es das Mindeste, dass man eine gewisse Gewähr für dieses gemeinsame Wir und für das, was wir darunter verstehen, einfordert. Sie sind alle in der Debatte. Für mich ist es natürlich die freiheitlich-demokratische Grundordnung mit allen

Ausfaserungen, für andere ist es, glaube ich, im Schwerpunkt überwiegend die Antidiskriminierungsarbeit. Das ist eine Debatte, die hochkommt. Aber jetzt sind Sie hier im politischen Raum; da kann man das hier ruhig noch mal feststellen, und es wäre nett, wenn Sie dazu noch etwas sagen würden, wenn das möglich ist, Herr Vorsitzender!

Es ist hier wirklich auch zu kurz gekommen, es ist aber kurz von Herrn Mansour angesprochen worden, dass natürlich jetzt über den Antisemitismus der Anknüpfungspunkt gerade in die linksextremistische Szene, jetzt auch diese Verbindung von islamistischen Extremisten mit der linksextremistischen Szene über den Punkt des Antisemitismus besteht, inwieweit das in Ihrer Arbeit eine Rolle spielt und wie Sie sich dem entgegenstellen. Denn das ist – das haben wir uns ja nicht ausgesucht – nun mal aufgrund des 7. Oktober ein auch unsere Stadtgesellschaft dominierendes Thema. Das sickert natürlich sehr stark in die Szene ein, die Sie bearbeiten; das ist nicht wegzudrücken. Das ist für uns vergleichsweise neu. Wenn wir die Anhörung vor fünf Jahren gemacht hätten, hätte ich das so nicht sagen können. Aber ich kann das jetzt sagen, es hat auch die gesamte Fachlichkeit erreicht. Ich würde Sie jetzt wirklich – Herr Vorsitzender – ungern gehen lassen, ohne dass Sie noch einmal kurz etwas zu den beiden Punkten sagen.

Ein Drittes noch: Wenn wir dieses gemeinsame Wir jetzt wirklich stark vertreten – – Herr Mansour sprach davon, wir würden im Moment aber eher so einen – wie haben Sie es gesagt? – Kuschelkurs haben oder die muslimischen Menschen als Kuscheltiere behandeln oder so, jedenfalls ist es nicht fordernd genug. – Teilen Sie, die anderen Träger, diese Einschätzung? Wenn ja, wie wollen Sie es bewerkstelligen, dass man da mit der notwendigen Eindringlichkeit dieses gemeinsame Wir vertritt?

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Lenz, für Ihre kurzen Fragen! – Herr Schrader!

Niklas Schrader (LINKE): Ich hatte eigentlich nur vor, eine kleine Nachfrage an den Senat zu stellen, weil ich dachte, man könnte jetzt noch zwei, drei große Runden mit den Anzuhörenden machen. Man kann sicher noch viel diskutieren, auch über die vielen Grundsatzfragen, die Sie jetzt noch mal aufgemacht haben, Herr Lenz! Das hatte ich eigentlich gar nicht vor, denn ich glaube, das würde ein bisschen den Rahmen hier sprengen. Ich hätte gut damit auseinandergehen können, dass es auch unter den Anzuhörenden sicher die eine oder andere Differenz gibt. So ist das nun mal, auch in der Fachwelt. Es ist in der Politik ja auch nicht anders. Wir haben noch eine Auswertung dieser Anhörung, wo wir dann in Ruhe noch mal die Statements nachlesen, uns eine Meinung bilden und in der Auswertung auch über die verschiedenen Ansätze noch mal diskutieren können. Daher hätte ich nicht das große Problem damit gehabt, aber gut. Eigentlich hat Herr Lenz die Fragen gestellt und die Differenzen angesprochen. Natürlich freue ich mich auch, wenn Sie dazu noch mal Stellung nehmen möchten.

Ich wollte allerdings eigentlich nur noch mal die Frage an den Senat stellen, weil hier mehrfach das Demokratiefördergesetz angesprochen worden ist, das wirklich ein sehr existenzielles Bedürfnis der Träger und der zivilgesellschaftlichen Akteure ist. Es war ja mal ein Vorhaben im Land Berlin. Was ist denn damit, Herr Staatssekretär? Arbeitet der Senat noch ernsthaft daran, oder ist das Ding jetzt irgendwie nicht mehr aktuell? Hat man es begraben? – Dazu würde ich gern noch eine klare Aussage haben. – Ansonsten vielen Dank! – Und danke, dass Sie alle da waren! Das fand ich sehr bereichernd.

Vorsitzender Kurt Wansner: Danke, Herr Schrader! – Nun geben wir Herrn Mirzaie auch noch das Wort.

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Weil ich auch die Frage nach dieser Wir-Erzählung aufgeworfen hatte! – Ich wäre jetzt auch einfach herausgegangen mit den Impulsen, die uns die Anzuhörenden gegeben haben, und hätte dann reflektiert und meine Schlüsse daraus gezogen. Ich glaube auch nicht, dass wir hier am grünen Tisch gemeinsam in der noch verbleibenden Zeit definieren können, was ein Wir-Gefühl oder was die Wir-Erzählung ist. Ich glaube, wir sind alle politisch lange genug dabei, um zu wissen, dass es bei den Stichworten Integration, Leitkultur, fdGO und Antidiskriminierung viele Diskussionspunkte gibt, die immer wieder diskutiert werden. Ich finde, das ist auch kein Widerspruch, was Sie gerade gesagt haben, Herr Lenz! Letztendlich sind sowohl die Antidiskriminierung als auch die fdGO grundlegende Säulen unseres Grundgesetzes. Der Gleichbehandlungsgrundsatz, das Diskriminierungsverbot ist natürlich genauso essenzieller Teil des Grundgesetzes wie die Definition der fdGO. Insofern würden wir da wahrscheinlich sogar auf einen grünen Zweig zusammen kommen. Insofern gerne noch mal eine Runde drüber drehen, aber ich glaube, das ist etwas, was man gerne noch mal mitnehmen und auch selbst reflektieren kann. Letztendlich gibt es dazu schon Forschungsarbeiten, die auch noch mal den Stellenwert eines gemeinsamen Wir hervorheben. Wie das dann aussieht, ist, glaube ich, immer eine Frage der Gesellschaft.

Noch ein letzter Punkt, weil jetzt zwei-, dreimal dieses Bild kam: Herr Mansour! Sie benutzen dieses Bild vom Kuscheltier ja öfter, auch in Talkshows und in Ihren Beiträgen. Ich finde das schon ein bisschen problematisch, weil das ein Bild zeichnet, das einfach nicht der Realität muslimischer Menschen entspricht. Genauso wie muslimische Menschen nicht per se die besseren Menschen sind, werden sie aber auch nicht wie Kuscheltiere – – Kuscheltiere findet man ja süß, streichelt sie, hat sie bei sich zu Hause stehen. Wenn ich mir aber die Bilder von Musliminnen überlege, die wir in der Gesellschaft haben, sind die weder süß, noch wollen viele Menschen die bei sich im Wohnzimmer haben. Das widerspricht sich ja völlig. Wenn Sie dann sagen, Musliminnen sollen nicht bemitleidet werden, dann wollte ich nur sagen: Wir haben eben über Empathie gesprochen, und dort, wo Musliminnen diskriminiert werden, möchte ich auch Mitleid mit ihnen haben. Die Statistiken zeigen, dass es nun mal sehr viele Schweineköpfe gibt, die vor Moscheen abgelegt werden, und so weiter und so fort, oder die Hassbriefe. Da habe ich schon Mitleid mit den Leuten. Insofern wollte ich nur noch mal diese Holzschnittartigkeit ein bisschen aufbrechen und für Differenzierung werben. – Danke schön!

Ahmad Mansour (Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention [MIND] gGmbH): Darf ich darauf reagieren in zwei Sätzen?

Vorsitzender Kurt Wansner: Dafür sind wir Ihnen ja dankbar.

Ahmad Mansour (Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention [MIND] gGmbH): Danke schön!

Vorsitzender Kurt Wansner: Meine Bitte an die Anzuhörenden ist, dass wir kurz noch mal – – Wer darauf noch mal kurz antworten möchte, den bitte ich um die Antwort. – Herr Mansour, bitte!

Ahmad Mansour (Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention [MIND] gGmbH): Danke! – Das ist ein großes Thema, deshalb versuche ich, das ein bisschen kürzer zu beschreiben. Muslime sind Teil dieser Gesellschaft. Meine Botschaft ist, sie auch als Gleichberechtigte auf Augenhöhe zu treffen. Ihre Politik aber, die ich kritisiere, ist, dass die Muslime ganz anders behandelt werden, wenn sie Verantwortung übernehmen sollen, als andere. Es geht mir nicht darum, wenn die Muslime diskriminiert werden, das irgendwie empathielos zu betrachten, sondern es geht darum: Wie beschreibt man die Herausforderungen, die Probleme in der muslimischen Community, und wie reagiert man darauf? Besteht ein großer Unterschied zwischen der Art und Weise, wie wir über rechtsextremistische Herausforderungen und islamistische Herausforderungen sprechen?

Vorsitzender Kurt Wansner: Danke, Herr Mansour! – Möchte jemand von den Anzuhörenden auch noch mal kurz antworten? – Herr Mücke!

Thomas Mücke (Violence Prevention Network gGmbH): Noch mal kurz auf das Wir: In meinem Berufsbereich heißt es oft, Menschenrechtspädagoge, das heißt, Menschenrechte und Grundrechte sind ein zentraler Punkt, denn wir machen schon eine Arbeit, die sich auf bestimmte Werte fokussiert. Ich habe in meiner Arbeit bisher, was das Wir-Gefühl angeht – das Grundgesetz ist die Grundlage, die Grundrechte, die Menschenrechte –, in der Zusammenarbeit mit anderen Trägern nie irgendwie ein Problem gehabt. Ich habe aber auch in der Zusammenarbeit mit den Behörden dazu kein Problem gehabt und habe dieses Wir-Gefühl gehabt. Ich habe auch in der Zusammenarbeit mit politischen Vertretern dieses Gefühl gehabt: Wir haben hier ein gemeinsames Anliegen. – Ich brauche dafür auch nicht von all meinen Gesprächspartnern eine schriftliche Erklärung, ob das auch so stimmig ist. Das wäre sehr anstrengend. Ich glaube, dass das Wir in dem Bereich eigentlich ziemlich klar ist.

Vorsitzender Kurt Wansner: Danke, Herr Mücke! – Herr Nordbruch, ganz kurz!

Dr. Götz Nordbruch (Ufuq e. V.): Ja! – Ich würde das auch gern noch mal starkmachen wollen, denn diese Skepsis, die da gegenüber Trägern mitschwingt, kann ich aus meiner Erfahrung nicht nachvollziehen, weil ich es bisher nicht erlebt habe, dass so etwas wie die fdGO infrage gestellt wird. Auch hier würde ich gern noch mal auf die Geschichte der Präventionslandschaft in Berlin hinweisen. Wie gesagt, die Träger, die sich mit dem Thema Antisemitismus auch unter muslimischen Jugendlichen auseinandergesetzt haben Anfang der Zweitausenderjahre, waren zivilgesellschaftliche Träger wie die KIgA, die Schule ohne Rassismus oder das Zentrum Demokratische Kultur. Das heißt, das war die wehrhafte Demokratie in diesem Themenfeld, das war die Zivilgesellschaft, und das hat sich in den letzten 20 Jahren nicht grundsätzlich verändert. Insofern würde ich schon darum bitten, ein Grundvertrauen in unsere Arbeit mitzubringen. – Danke!

Vorsitzender Kurt Wansner: Danke, Herr Dr. Nordbruch! – Frau Oehlmann, Sie sind jetzt natürlich auch noch dran!

Jamuna Oehlmann (BAG RelEx): Ich bin ganz kurz, versprochen! – Auch bei dem Punkt kann ich meinen Vorrednern Herrn Mücke und Herrn Nordbruch nur zustimmen, und genau deswegen gibt es solche Netzwerke wie die Bundesarbeitsgemeinschaft. Alle unsere Mitgliedsorganisationen unterschreiben eine Satzung. Da steht drin, man verpflichtet sich Menschenrechten, der fdGO und so weiter. Das sollte nicht notwendig sein, denn die Zivilgesell-

schaft hat den Auftrag, auch Missstände in der Gesellschaft aufzuzeigen. Genau wie gerade gesagt wurde, ist das auch die Erfahrung, die ich in der Arbeit, die ich seit knapp zehn Jahren mache, in Berlin teilen kann. Natürlich gibt es hier und da problematische Vereine, aber es gibt in jeder Organisation problematische Personen. Unser Auftrag als Demokraten in Berlin, in Deutschland ist es, darauf hinzuweisen und mit diesen Personen irgendwie umzugehen. Aber das sollte keinen Generalverdacht für die Zivilgesellschaft in Berlin oder in Deutschland darstellen, denn sonst können wir die Arbeit nicht machen. Es wurde mehrfach angesprochen, dass man sich mit dem Haushalt, mit Finanzen auseinandersetzen muss. Wenn man sich dann noch für die Arbeit rechtfertigen muss, die nebenbei bemerkt, das muss ich hier nicht sagen, nicht gut bezahlt ist, dann treibt das die Leute aus der Arbeit. Ich glaube, dann haben wir viel verloren, wenn wir in Berlin diese vielfältige Präventionslandschaft unter Generalverdacht stellen. Davor möchte ich warnen. – Danke schön!

Vorsitzender Kurt Wansner: Bitte! – Jetzt wird der Senator noch auf die Punkte antworten, die noch offen sind – nein, der Staatssekretär, so weit ist es noch nicht.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport): Ich habe auch nur „der Senat“ gehört, und damit kann ich noch leben, Herr Vorsitzender! Insofern mache ich das gerne, Herr Vorsitzender! – Es war noch die Frage nach dem Demokratiefördergesetz, das ein Projekt aus dem Koalitionsvertrag dieser Koalition ist. Die Koalition bekennt sich natürlich – das ist heute, glaube ich, auch deutlich geworden – zur Engagement- und Demokratieförderung, weil das eine Querschnittsaufgabe ist. Dabei wird die fachliche Verantwortung jedes einzelnen Ressorts gestärkt und gefordert, und insofern machen wir das auch. Das wird federführend bei SenASGIVA bearbeitet, in enger Kooperation mit SenKultGZ. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport arbeitet im Rahmen ihrer fachlichen Betroffenheit da entsprechend zu. Insofern ist das selbstverständlich als Projekt aus dem Koalitionsvertrag und den Richtlinien der Regierungspolitik weiterhin in Arbeit. – Vielen Dank!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann sind wir jetzt am Schluss der Anhörung. Ich möchte Ihnen im Namen des Ausschusses ganz herzlich danken, dass Sie sich die Zeit genommen haben, um an unserer Sitzung teilzunehmen, und dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben. Vielen Dank noch mal!

Das Ergebnis, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist: Der Besprechungspunkt wird vertagt, bis das Wortprotokoll der Anhörung vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Aktivitäten der trotzkistischen Gruppe ‚Marx 21‘ in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0087](#)
VerfSch

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Vereitelter Anschlag auf israelische Botschaft –
Zusammenarbeit Geheimdienste/Verfassungsschutz
und Polizei**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0084](#)
VerfSch

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Maßnahmen zum Schutz der demokratischen
Prozesse in Berlin angesichts der Warnungen vor
hybrider Kriegsführung und
Desinformationskampagnen durch Russland,
insbesondere im Hinblick auf die Vorbereitung einer
möglichen vorgezogenen Bundestagswahl 2025**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0086](#)
VerfSch

Vertagt.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.